

fortyfour

DAS PRÄVENTIONSMAGAZIN | www.praevention.at



SUBSTANZKONSUM im öffentlichen Raum

institut
sucht
prävention
PRO MENTE OOE

Nr. 31

Herbst | Winter 2018

Institut Suchtprävention, Hirschgasse 44, 4020 Linz

- 2 Editorial
- 2 Interview mit Bürgermeister MMag. Klaus Luger
- 4 Substanzkonsum im öffentlichen Raum – ein vielschichtiges Problem
- 7 Localize It! – Ein europäischer Präventionsansatz für OÖ
- 8 Aus der Praxis: Interview mit DSA Dietmar Mayr
- 10 „Zuvielisation“ – Gedanken über das menschliche Maß
Gastbeitrag von Prof. Dr. habil. Thomas Mohrs
- 11 ICD11: Exzessives Computerspielen als neues Krankheitsbild
- 12 Präventionskampagne „Kick ohne Tschick“
- 13 Rückfall – „Der Elefant, den keiner sieht.“
- 14 Neues aus dem Institut
- 15 Intern: Siegfried Unger
Buchtipps

IMPRESSUM:

Medieninhaber und Herausgeber: Institut Suchtprävention, pro mente OÖ, 4020 Linz, Hirschgasse 44. Leitung: Christoph Lagemann, Mag. Dr. Rainer Schmidbauer
 Redaktion: Mag. Günther Ganhör (Leitung), Mag. Peter Eberle, Mag. Rosmarie Krane-witter-Wagner, Prof. Dr. habil. Thomas Mohrs, Mag. (FH) Andreas Reiter, MA Grafik: Sabine Mayer
 Fotos: fotolia, photocase, Institut Suchtprävention, Stadt Linz, OÖFV / Lui
 Druck: kb-offset, 4844 Regau Auflage: 4.500 Stück Preis: kostenlos ZVR 811735276

 [youtube.com/praeventionat](https://www.youtube.com/praeventionat)
 [facebook.com/praevention.at](https://www.facebook.com/praevention.at)

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Ruhestörungen, Tötlichkeiten, Sachbeschädigungen, Streitereien: Die Folgewirkungen des Konsums von Alkohol und illegalen Drogen im öffentlichen Raum sind ein Konfliktthema, das weit über die Konsumproblematik hinausgeht. Das Sichtbarwerden von Obdachlosen, Bettelnden, der Drogenszene oder psychisch kranken Menschen ist zunehmend Gegenstand kommunal-politischer Diskussionen. Das betrifft meist größere Ballungsräume, aber auch kleinere Stadtgemeinden sind nicht davor gefeit, sich mit der komplexen Thematik auseinandersetzen zu müssen. Denn einfache Lösungen gibt es in diesem Bereich meistens nicht, zumindest keine, die auch langfristig für alle Beteiligten einen gangbaren Weg darstellen. Repressionsmaßnahmen wie Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen können kurzfristig Erleichterungen bringen, auf mittlere und lange Sicht verlagern sie aber nur die Probleme. Zudem sind es nicht immer strafbare Handlungen, die bestimmte Plätze, Parks oder Passagen zu Orten machen, an denen man nicht gerne verweilt.

Die Kommunen werden nicht umhinkommen, gemeinsame und umfassende Lösungen zu erarbeiten. Dazu gehören Präventionsmaßnahmen individueller und struktureller Art genauso wie die Einbeziehung von Sozialarbeitern, Streetworkern, von Polizei, aber auch von Bauämtern, Architekten, Gärtnern usw. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen der Politik über partei-politische Grenzen hinweg, um einerseits die berechtigten Anliegen der Anrainer, der Stadtbevölkerung insgesamt, der Gewerbetreibenden usw. ernst zu nehmen und für eine lebenswerte Umgebung zu sorgen. Andererseits dürfen Ängste oder – vielfach auch medial konstruierte – „Angsträume“, nicht dazu führen, dass „alternative“ Lebensstile keine Existenzberechtigung mehr in unserer Gesellschaft haben. Situationen wie derzeit in Linz sind jedoch auch keine Problemfälle, denen man sich schicksalhaft ergeben muss. Jene Mischung zu finden, die sowohl die notwendigen Grenzen als auch adäquate niedrigschwellige Hilfsangebote für Menschen in prekären Situationen beinhalten, ist gewiss keine einfache Aufgabe. Dennoch zeigen Beispiele in Europa, dass es zwar vielleicht nicht immer ein Miteinander geben kann, aber zumindest ein weitgehend friedvolles Nebeneinander.

Christoph Lagemann | Dr. Rainer Schmidbauer
 Institutsleitung

Der öffentliche Raum ist (k)eine Liegewiese für jedermann.

aus: Der öffentliche Raum: (k)ein Problem?!, Christian Reutlinger 2015

IM GESPRÄCH MIT KLAUS LUGER

Interview: Günther Ganhör

Der öffentliche Konsum von Alkohol und Drogen im Linzer Stadtgebiet war in der jüngeren Vergangenheit häufig Thema, nicht nur in Medienberichten. Wie haben Sie diese Entwicklung und den damit verbundenen Diskurs verfolgt?

Die in der Öffentlichkeit wahrgenommene Situation hat ihren Hintergrund weniger in einer Zuspitzung der Suchtproblematik, sondern vielmehr in einer verstärkten öffentlichen Wahrnehmung. Bis vor rund zwei Jahren hat sich die heute sichtbare Szene primär in der Altstadt, in zwei Lokalen, aufgehalten. Mit der Tagesbelebung und der vermehrten touristischen Nutzung der Altstadt hat sich dort die Situation zugespitzt. Durch die Schließung dieser beiden Lokale hat in der Folge ein Großteil jener Menschen den Hessenplatzpark „okkupiert“. Zusätzlich ist dort eine offene Drogenszene entstanden, die im Laufe der Zeit auch eine überlokale, zum Teil sogar eine überregionale, Bedeutung erlangt hat. Parallel dazu sind aufgrund unkontrollierter Handlungen psychisch kranker Menschen auch die Belästigungen für die Anrainer angestiegen.

Wenn man nun die Gruppen ein wenig analysiert, dann sind es im Wesentlichen drei zum Teil sehr unterschiedliche Szenen. Zum einen sind das alkoholranke Menschen. Diese Menschen sind in den seltensten Fällen obdachlos, weil sie zum Beispiel vom B37 oder einer anderen Institution bereits seit längerem betreut sind. Die zweite Gruppe sind Menschen, die sich in Drogensatztherapien befinden. Hier ist zumindest teilweise ein therapeutischer bzw. medizinischer Zugang aufgrund ihrer Suchterkrankung gegeben. Darüber hinaus gibt es noch eine dritte Gruppe, die sämtliche Unterstützungsangebote der Gesellschaft strikt ablehnt und weder Therapien, Sozialarbeit oder andere Betreuungsformen, wie etwa tagesstrukturelle Angebote, annimmt. Aus meiner Sicht handelt es sich hier vielfach um Menschen, die vor der Änderung der Psychiatriegesetze über weite Strecken ihres Lebens immer wieder längere Zeitabschnitte stationär behandelt worden sind. Das hat sich geändert. Diese Menschen halten sich jetzt verstärkt im öffentlichen Raum auf und das ist aus meiner Sicht auch die schwierigste Gruppe, die wir zu betreuen haben.





Darüber hinaus habe ich den Eindruck, dass das Thema insgesamt in einer Tendenz steht, öffentliche Räume stärker einzuengen. Ich sehe diesen Prozess sehr divergent, denn zum Teil ist es tatsächlich so, dass es Missbrauch von Freiheit im öffentlichen Raum gibt. Es ist klar, dass ein geordnetes Gemeinwesen und eine funktionierende Stadtgesellschaft Regeln einzuhalten haben. Dazu kommt, dass die Rücksichtnahme im öffentlichen Raum offenbar weniger wird. Wenn ich zum Beispiel in Straßenbahnen sehe, dass gelesene Zeitungen liegen gelassen werden, Essensreste einfach auf den Boden geschmissen werden usw., dann lässt man dem öffentlichen Raum nicht mehr jene Wertschätzung zukommen, die er früher hatte. Für solche Tendenzen habe ich persönlich kein Verständnis. Es wird jedoch nicht mit Verboten alleine funktionieren. Es braucht wieder mehr Bewusstsein für gemeinsame Räume.

Im Hessenpark gibt es seit Ende Mai ein Alkoholverbot und polizeiliche Schutz-zonen gegen Drogenhandel. Diese haben im Wesentlichen zu einer Verlagerung der Szene in Richtung Südbahnhofmarkt geführt. Sie haben sich öffentlich gegen weitere Alkohol-Verbotzonen ausgesprochen.

Ich war und bin ein strikter Gegner von Verbotzonen und Alkoholverboten. Ich bekenne mich aber dazu, dass dieser Schritt am Hessenplatzpark richtig war. Aufgrund des politischen bzw. parteipolitischen Diskurses ist in der Bevölkerung vielfach der Eindruck entstanden, dass die politischen Institutionen handlungsunwillig oder noch viel schlimmer handlungsunfähig seien. Sobald derartige Stimmungen entstehen, ist das ein Nährboden für extrem antidemokratische Entwicklungen. Das zeigen die jüngsten Ereignisse im Osten Deutschlands sehr dramatisch. Es war also auch eine demokratiepolitische Maßnahme, die ich aus meiner Sicht dort mitgetragen habe. Nicht sehr überraschend für viele haben sich die Szenen dann Richtung Südbahnhofmarkt verlagert. Es hat sich dann in der Folge wieder Ähnliches ereignet wie am Hessenplatz. Daher glaube ich, dass die Maßnahmen, die wir im Gemeinderat mehrheitlich für Hessenplatz beschlossen haben, für den Südbahnhofmarkt nicht wieder getroffen werden sollten. Denn ohne zusätzliche Maßnahmen wird es zu einer weiteren Verdrängung in naheliegende Parkanlagen in der Innenstadt kommen.

Welche anderen Möglichkeiten stehen einer Gemeinde in solchen Fällen noch zur Verfügung, um die Situation für alle Beteiligten zu entschärfen?

Es gibt kein Patentrezept, aber ich versuche gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen einen pragmatischen Weg zu finden. Neben einer klaren Zielvorgabe braucht es aber auch ein wenig Geduld. Ein erster Schritt ist zunächst einmal ein klares Bekenntnis für jene alkoholkranken Menschen, die sich schon seit vielen Jahren im öffentlichen Raum aufhalten. Sie haben dort einen Platz und den sollen sie auch in Zukunft haben. Diese Gruppe stellt in der Regel keine Bedrohung oder Gefährdung für andere Menschen im öffentlichen Raum dar und hält

im Großen und Ganzen auch die Spielregeln ein. Auch die sozialarbeiterische Betreuung funktioniert hier im Normalfall sehr gut. Das betrifft nicht nur den Südbahnhofmarkt, sondern auch andere Parkanlagen in der Innenstadt. Hier bin ich nicht bereit, diese Menschen durch ein Alkoholverbot zu vertreiben. Diese Menschen haben auch ein Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Der zweite Bereich betrifft illegale Drogen: Ich habe weder für Drogenhandel noch für eine offene Drogenszene Verständnis. Das ist für mich die Bankrotterklärung einer Gesellschaft. Ich bin hier für eine Null-Toleranz-Politik. Der dritte Bereich ist der schwierigste. Denn während man bei den Alkoholkranken mithilfe von Sozialarbeit viel bewirken kann und beim Drogenhandel die Polizei einschreiten kann, stehen wir bei der Gruppe der psychisch beeinträchtigten Menschen vor einem gewissen Dilemma, weil diese Gruppe zwar immer wieder auffällig wird, aber manchen Verhaltensweisen mangels strafrechtlicher Relevanz mit Polizeimaßnahmen oft gar nicht beizukommen ist. Dazu werden von den Betroffenen weder therapeutische noch sozialarbeiterische Angebote angenommen. Als Lösung hier ausnahmslos auf die ordnungspolitische Karte zu setzen und diese Gruppe einfach zu vertreiben und zu hoffen, man kann diese Menschen über das Stadtgebiet zerstreuen, wird nicht funktionieren. Das entspricht auch nicht meinem Menschenverständnis. Zudem gibt es in dieser Gruppe auch einen sozialen Zusammenhalt, den man nicht unterschätzen sollte. Da erhoffe ich mir aus dem laufenden Prozess gesamtheitliche, sehr konkrete und pragmatische Ansätze, um diesen Menschen einen Rückzugsraum zu ermöglichen, der aber gleichzeitig nicht wieder durch eine Abgeschie-

denheit zum nächsten Hotspot transferiert.

denheit zum nächsten Hotspot transferiert.

Linz ist ja nicht die einzige Stadt, in der Probleme aufgrund des Konsums von Alkohol bzw. Drogen im öffentlichen Raum auftreten. Gibt es hier nationale oder internationale Kooperationen mit anderen Stadtgemeinden?

Ich bin immer wieder in Gesprächen mit anderen Bürgermeistern/innen, so stehe ich zum Beispiel mit dem neuen Wiener Bürgermeister Michael Ludwig zu diesem Thema in engem Austausch. Denn, was bei uns der Hessenplatzpark oder Südbahnhofmarkt ist, ist in Wien der Praterstern. Dort wurde ebenfalls, wie übrigens auch in Klagenfurt, ein Alkoholverbot verhängt. Mit der Verlagerung der Szene vom Bahnhofsbereich auf die nahe gelegene Kaiserwiese im Prater konnte die Situation offenbar zumindest teilweise entschärft werden. Man muss aber dazusagen, dass es dort nicht zu einer primitiven Verdrängung von Randgruppen gekommen ist, sondern auch die Sozialarbeit verstärkt wurde. In Klagenfurt konnte man das Problem ebenfalls durch eine Verlagerung aus der Innenstadt entschärfen, wobei sich es sich hier vorwiegend um Alkoholranke handelt, und nicht wie in Linz um zum Teil sehr unterschiedliche Gruppierungen.

Die Diskussion um Substanzkonsum oder Randgruppen im öffentlichen Raum wirft auch viele ethische Fragestellungen auf. Wo liegt für eine Gemeinde die Grenze der Zumutbarkeit? Wie viel kann, wie viel sollte eine Gesellschaft in Zusammenhang mit auffälligen Gruppen „aushalten“? Wer entscheidet letztlich über Zwangsmaßnahmen?

Ich würde mich selbst als einen sehr sozialliberalen Menschen einschätzen und es widerstrebt mir im Prinzip Freiheit einzugrenzen. Andererseits müssen wir uns die Frage stellen: Ab welchem Niveau, mit welchen nachvollziehbaren, möglichst objektivierbaren Gründen hat eine Gesellschaft das Recht, Menschen wegzusperren? Das ist ganz objektiv die zentrale Frage. Wo endet die Selbstbestimmung und wo beginnt das Recht einer Gesellschaft diese Grenzen der Selbstbestimmung zu definieren? Das ist eine der moralisch und ethisch vermutlich kompliziertesten Fragestellungen. Ich bin der Meinung, dass es in den vergangenen 10, 15 Jahren gesellschaftliche Entwicklungen gegeben hat, die die Freiheitsrechte von Menschen, die in Rechte anderer eingreifen, sehr weit ausgedehnt haben. Was in den 1950er- bis noch in die 1970er-Jahre hinein viel zu restriktiv war, ist zum Teil einem falsch verstandenen Liberalismus gewichen. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, da geht es nicht nur um die Problemgruppen, die wir jetzt diskutieren. Wir haben manche Rahmen für Bedürfnisse in der Gesellschaft zu weit ausgedehnt. Die Frage ist also auch: Was sind wir bereit und wollen wir an Selbstbestimmung akzeptieren? Endet diese beispielsweise dort, wo die Gleichheit von Frauen und Männern in Frage gestellt wird? Wo endet die Freiheit jener, die meinen, es sei unkorrekt sie gleich zu stellen? Öffentliche Orte zeigen immer auch gesellschaftliche Tendenzen. Da erlebe ich persönlich oft einen Widerspruch: Einerseits gibt es häufig den starken Wunsch auf Selbstbestimmung und Freiheit. Gleichzeitig wollen die gleichen Personen oder Gruppen in gesamtgesellschaftliche Prozesse wenig bis gar nichts einbringen. Mit solchen Zugängen werden dann auch die Handlungsspielräume enger.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Suchthilfe, Sozialarbeit und Polizei?

Die Zusammenarbeit funktioniert in Linz auf Ebene der handelnden Personen ausgesprochen gut. Ein Beispiel ist hier die Kooperation zwischen den Obdachlosensozialarbeitern, der städtischen Sozialverwaltung und dem Stadtpolizeikommando. Wir haben auch zur Lösung der Problematik am Hessenplatz sehr viel Argumente und Unterstützung erhalten, so dass ich bereit war, einem Alkoholverbot zuzustimmen. Das Alkoholverbot war ja keine Forderung der Polizei, wie man vielleicht glauben könnte. Hier spielten auch Sozialarbeiter und Suchttherapeuten eine wichtige Rolle, die gemeint haben, dass das Problem an dieser Stelle nicht mehr anders in den Griff zu bekommen ist. Die Zusammenarbeit funktioniert also in der Krise gut und auch absolut friktionsfrei, genauso wie die inhaltliche Analyse und der Support, den wir aktuell vom B37 oder auch von pro mente erhalten. Da bin ich auch sehr dankbar. Aus meiner Sicht sollten wir jetzt im Zusammenspiel zwischen den politisch Verantwortlichen und den Institutionen den nächsten Schritt schaffen und die Zusammenarbeit, die im Krisenfall sehr gut funktioniert auch darüber hinaus institutionalisieren. Mein Ziel wäre, dass wir damit auf Entwicklungen wie am Hessenplatz nicht nur kurzfristig im Sinne einer Feuerwehr agieren können, sondern die Probleme im Sinne einer verantwortungsvollen Kommunalpolitik systematisch, kontinuierlich und nachhaltig lösen.

MMag. Klaus Luger ist seit 2013 Bürgermeister der Stadt Linz und seit den 1990er-Jahren in unterschiedlichen Funktionen der Stadt politisch aktiv. Zuvor war der studierte Sozialwissenschaftler und Historiker wissenschaftlicher Referent am Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz.

SUBSTANZKONSUM

im öffentlichen Raum – ein vielschichtiges Problemfeld

Der Konsum von Alkohol oder illegalen Substanzen ist nur eines von vielen Konfliktthemen, die mit der Nutzung von öffentlichem Raum einhergehen. Dennoch nimmt es in der öffentlichen Wahrnehmung einen vergleichsweise hohen Stellenwert ein. Das Thema polarisiert, weckt Emotionen, streift an Tabus und entspricht somit auch bestens der Marktlogik des „Dramatisierens“, die von Massenmedien, egal ob analog oder digital, gerne benutzt wird. Doch was steckt tatsächlich hinter diesem Phänomen, das in der jüngeren Vergangenheit offenbar vermehrt zu Tage tritt? Stehen wir einem immer größer werdenden Drogenproblem gegenüber oder ist es vielmehr der Mangel an öffentlichen Flächen, der zu Problemen führt? Gibt es heute mehr Menschen, die in der Öffentlichkeit auffällig werden als früher? Sind die Migranten an allem schuld oder wird gar ein Problem konstruiert, das in Wirklichkeit nicht existiert? Antworten auf Fragen wie diese, sind gewiss keine einfachen, weil sie nicht selten weitere Fragestellungen aufwerfen, die sowohl die Problemdefinition selbst betreffen, als auch zu einem wesentlichen Teil die Bereiche Ethik, Moral und politische Verantwortung.

In einer globalisierten Welt ist das Thema „Substanzkonsum im öffentlichen Raum“ keines, das sich auf bekannte Großstädte beschränkt. Immer häufiger müssen sich auch verhältnismäßig kleine oder mittelgroße Städte in Europa (wieder) damit auseinandersetzen. Das Phänomen ist sicher nicht neu, wenn man an die offenen Drogenszenen der 1990er-Jahre in der Schweiz, aber auch in Deutschland und zum Teil, in geringerem Ausmaß, auch in Österreich denkt. Das Ausmaß und die Art der aktuellen Problemlagen, die damit einhergehen, sind wiederum von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich. Während die einen Kommunen mit Problemfeldern, die in erster Linie durch die „legale Droge“ Alkohol entstehen, zu kämpfen haben, gibt es in anderen Städten Konfliktherde, die mit dem Konsum von illegalen Substanzen oder einer Vermengung der beiden einhergehen. Dennoch zeigen sich oft Parallelen. Das kann bei der Analyse und Entschärfung oder im Idealfall bei der Auflösung von Konfliktfeldern hilfreich sein, wenn es etwa „Good Practise“-Beispiele aus vergleichbaren Kommunen gibt. Das wurde auch bei der jüngsten Situationsanalyse der beiden oberösterreichischen Städte Linz und Bad Ischl schnell klar. Beide Stadtgemeinden nehmen an dem vom Institut Suchtprävention koordinierten Kommunalprojekt „Localize It!“ (siehe S. 7) teil.

Wie die aktuelle Situation in Linz zeigt, sind zumeist mehrere unterschiedliche Faktoren ausschlaggebend dafür, ob bestimmte Zustände oder Verhaltensweisen als Problem wahrgenommen werden oder nicht. So ist seit etwa drei Jahren das Thema Drogenkonsum im öffentlichen Raum in der oberösterreichischen Landeshauptstadt verstärkt in den Fokus gerückt. Die Anzahl jener Personen, die illegale Drogen konsu-



Voyagerix / fotolia.com

mieren, ist seit vielen Jahren relativ stabil. Das zeigen auch die Zahlen aus den regelmäßigen Untersuchungen im Rahmen des OÖ Drogenmonitorings¹, die vom Institut Suchtprävention erhoben werden. Durch eine teilweise Verlagerung des Konsums aus privaten und halböffentlichen Räumlichkeiten in den öffentlichen Raum wurden unterschiedliche Randgruppen jedoch sichtbarer. Auch die Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Jahre spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle, weil es oft Personen aus bestimmten „Communities“ sind, die auch als (offensive) Dealer im öffentlichen Raum sichtbar sind. Eine Folge der Sichtbarkeit des Substanzkonsums bzw. des Drogenhandels ist letztlich auch ein erhöhter Ermittlungsdruck aufseiten der Exekutive, der seit dem Jahr 2016 auch rechtlich in einer Novelle des SMG (§27 Abs. 2a SMG – „Dealen im öffentlichen Raum“) seine Grundlage findet und somit auch den bisherigen polizeilichen Auftrag in seinem Umfang erweitert. Damit ist auch die in den vergangenen Jahren stetig steigende Anzahl der Anzeigen in Zusammenhang mit Verstößen gegen das Suchtmittelgesetz zu erklären. Denn die gestiegene Anzahl der Anzeigen hat in der Regel vielmehr damit zu tun, mit welcher Intensität die Delikte verfolgt werden, und weniger mit der tatsächlichen Anzahl der Drogenkonsumenten. Die „gute“ Nachricht in diesem Zusammenhang: Der weitaus größte Teil der Anzeigen – und das ist auch österreichweit so² – betrifft nicht den Umgang mit so genannten „harten“ Drogen wie Kokain, Crystal Meth oder Heroin, sondern Cannabis.

Dabei zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass im Zusammenhang mit dem Konsum von legalen und illegalen Drogen insbesondere Folgen wie Ruhestörungen, Tötlichkeiten, Sachbeschädigungen, offensives Ansprechen, Streitereien usw. als Problem angesehen werden. Das bestätigt auch Dietmar Mayr von der Obdachlosenstreetwork in Linz (siehe Interview S. 9): „Den größten Ärger verursacht nicht das Thema Sucht, wie man vielleicht vermuten könnte, sondern das Verhalten der Leute unter Substanzbeeinträchtigung. Wenn etwa 30 solcher beeinträchtigter Leute zu singen, grölen, zu raufen beginnen oder mit Bierflaschen herumwerfen, dann erregt das Ärger bei Anrainern, Passanten, Gewerbetreibenden etc. [...] Das sind Verhaltensweisen, die als Begleiterscheinungen einer Suchtkrankheit bzw. einer Beeinträchtigung durch Substanzen zu verstehen, aber nicht zu entschuldigen sind. Ich kann nicht einfach gebrauchte Spritzen irgendwo hinwerfen oder Passanten blöd anreden usw. Das geht nicht. Es gibt eben auch eine Grenze fürs Zusammenleben, die eingehalten werden muss. Wenn diese Grenze aber permanent überschritten wird, kommt es zu Problemen.“

¹ Seifried Seyer, Richard Paulik, Franz Gschwandtner, Roland Lehner, Drogenmonitoring Oberösterreich 2015, Linz, 2016

² Bundeskriminalamt, Lagebericht Suchtmittelkriminalität 2017, Wien 2018, www.bundeskriminalamt.at/suchtmittelbericht

Wem gehört die Stadt?

Eine 2014 veröffentlichte Studie³, die im Auftrag des Schweizer Bundesamtes für Gesundheit erarbeitet wurde, hat sich mit einem Teilbereich dieses komplexen Problemfeldes auseinandergesetzt: mit dem Thema Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum. Die Untersuchung basiert auf einer Online-Befragung von rund 1300 Polizeiangestellten und 19 Interviews mit Experten aus der Praxis, Politik, Verwaltung und Forschung. Rund zwei Drittel der befragten Polizisten hatten dabei die Einschätzung abgegeben, dass die Bedeutung des Alkoholkonsums bei Gewalt im öffentlichen Raum in den letzten fünf Jahren zugenommen habe. Die Studie nennt auch einige relevante Faktoren, warum die intensivierte Nutzung des öffentlichen Raums zu Konflikten führen kann. So wird der öffentliche Raum zunehmend von verschiedenen Personengruppen genutzt, die unterschiedliche Interessen und Erwartungen haben. Ein klassisches Konfliktpotenzial ergibt sich hier beispielsweise aus der Paarung Anrainer und Besucher einer Ausgehmeile oder zwischen jungen Feiernden und älteren Ruhe und Erholung suchenden Menschen. Eine höhere Personendichte, eine abnehmende soziale Kontrolle und der Alkoholkonsum selbst, bergen laut der Schweizer Studie Potenzial für Konflikte. In einer Analyse für das Schweizer „SuchtMagazin (Ausgabe 5/2015) kommt die Studienleiterin Birgit Laubereau zu dem Schluss, dass die Aneignung und Nutzung des öffentlichen Raumes auch soziokulturell stark beeinflusst ist. So würden gut situierte Jugendliche sich eher in Bars oder kostenpflichtigen Clubs treffen, während finanziell schlechter gestellte Jugendliche sich eher auf Schulhöfen oder öffentlichen Plätzen treffen. Diese Analyse spiegelt die auch in Österreich beobachtbaren Widersprüche, die sich im öffentlichen Raum offenbaren, der einerseits immer häufiger durch Alkoholverbote gekennzeichnet ist, andererseits verstärkt als kommerzielle Vergnügungszone – mit entsprechendem Konsumzwang – genutzt wird.



Shjmyra / fotolia.com

Auch in Deutschland wird das Thema Substanzkonsum im öffentlichen Raum derzeit vielerorts debattiert. Wie auch in Österreich gibt es seit einigen Jahren vermehrt Anzeigen in Zusammenhang mit dem Besitz oder Handel von illegalen Substanzen, allen voran Cannabis. Auch in Deutschland steigt der Kontrolldruck der Polizei. Im heuer veröffentlichten „5. alternativen Drogen- und Suchtbericht“⁴ stellen der Soziologe und Suchtexperte Bernd Wense und Hubert Wimber, Polizeipräsident a.D. in Münster, in ihrem Artikel „Wem gehört die Stadt?“ zwei Erklärungsansätze für den erhöhten Ermittlungsdruck in den Raum. Zum einen entwickle sich laut Wense und Wimber „eine spezifische Dynamik, in der Interessen und Akteure aus Politik, Nachbarschaft, Medien, Gewerbe, Strafverfolgungsbehörden etc. den Ort des offenen Drogenhandels als städtischen Angstraum definieren, in dem das subjektive Sicherheitsgefühl, auch durch das Auftreten von Migranten als Dealer, nicht mehr gewährleistet ist und beklagt wird, dass die Polizei „rechtsfreie“ Räume zulasse.“ Der zweite Erklärungsansatz bezieht sich auf die als „Gentrifizierung“ bezeichnete Entwicklung, „in der insbesondere in Großstädten innenstadtnahe Wohnquartiere durch Umbau und Sanierung aufgewertet werden mit der Folge, dass die dort ansässige Wohnbevölkerung durch zahlungskräftigere Bevölkerungsschichten verdrängt wird und das Vorhandensein einer offenen Drogenszene als renditehemmend wirkt.“⁵

Phänomen „Angstraum“

Im Zusammenhang mit dem Thema Substanzkonsum im öffentlichen Raum stößt man häufig auf den Begriff des „Angstraumes“. Damit sind laut „Wikipedia“ „meist öffentliche Räume gemeint, in denen das Gefühl einer Bedrohung durch Kriminalität, insbesondere durch Straßengewalt, bei vielen Menschen besonders stark ausgeprägt ist. Der Begriff kann sich sowohl auf ganze Straßenzüge beziehen als auch auf kleine Bereiche, etwa unübersichtliche Stellen in Parkhäusern oder dunkle Unterführungen.“



mario-brunner / photocase.de

In diesem Zusammenhang treten auch Akteure auf, die bislang bei der Entschärfung problematischer Zonen eher nicht im Fokus standen, wie z.B. Tiefbau- oder Gartenämter. Das Thema **Städtische Sicherheit** wurde und wird aber auch auf universitärer Ebene erforscht. Der deutsche Soziologe **Dr. Tim Lukas** ist Leiter der Abteilung Objektsicherheit am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Bergischen Universität Wuppertal und gilt als Experte für das Thema Sicherheit in der Stadt. Er beschäftigt sich in seinen Forschungen häufig mit dem Phänomen von Angsträumen im städtischen Raum. So gibt es in der Stadt Wuppertal mit ihren rund 350.000 Einwohnern laut den Untersuchungen von Lukas 33 so genannte Angsträume, darunter befinden sich ganze Plätze, aber auch Teile von öffentlichen Gebäuden, Treppenanlagen mit Ecken und Nischen usw. „Dabei kommen die Themen Verwahrlosung, Beleuchtung, Transparenz und Sicherheit zusammen“, so Tim Lukas in der „Westdeutschen Zeitung“ (27.12.2017, S.26). Die Frage, so Lukas weiter, sei an diesen Orten immer: „Was erwartet mich da?“ Lukas betont in seinen öffentlichen Kommentaren stets, dass das Gefühl von Angst nicht automatisch heißt, dass auch etwas passieren muss. Denn Angst sei immer subjektiv: „Das individuelle Empfinden hängt stark von unseren Erfahrungen und persönlichen Eigenschaften ab.“⁶ Und: Angst sei immer auch geschlechterspezifisch. So hätten zwar auch Männer Angst, vor allem aber haben (ältere) Frauen eine größere Kriminalitätsfurcht. Ältere Menschen seien sich ihrer Verletzlichkeit sehr bewusst, so Lukas. Dazu kommen bekannte Nutzungskonflikte. Ein Einzelhändler habe natürlich ganz andere Interessen als Suchtkranke, die dort (im öffentlichen Raum) ihren Lebensmittelpunkt haben und sich in der Gruppe sicher fühlen. Dennoch gebe es einige Faktoren, die sich als Angsterzeuger identifizieren lassen. „Wir sprechen dabei von sozialen und physischen Störfaktoren. Dazu gehören zum Beispiel Müll, Graffiti oder kaputte Gegenstände im öffentlichen Raum.“ Auch Bahnhöfe seien oft für viele Geflüchtete ein beliebter Treffpunkt. Es sollte aber nicht das Ziel sein, Menschen vom Bahnhof zu vertreiben. „Wenn es schon kein Miteinander gibt, dann wenigstens ein Nebeneinander“, ist Lukas Devise.

„Wenn es schon kein Miteinander gibt, dann wenigstens ein Nebeneinander.“ Tim Lukas

Dieses Problem zu lösen, sei aber eine schwierige Aufgabe. Es sei vor allem auch eine gesellschaftliche Frage, wie man mit den Menschen umgehen möchte. Einbeziehen oder verdrängen? Das ist eine sehr elementare Frage nach dem Recht auf Stadt.⁷ Diese Frage stellt sich auch in Linz, wo als Notfallmaßnahme auch lokale Alkoholverbote verhängt und polizeiliche Sicherheitszonen eingerichtet wurden. Diese führten lokal zur damit erwünschten Entspannung der Situation, aber letztlich auch zu einer örtlichen Verlagerung des Problems (siehe Interviews S.2 und S.9).

³ Birgit Laubereau, Andrea Niederhauser, Franco Bezzola, Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum, Luzern, 2014

⁴ akzept e.V. Bundesverband, Deutsche AIDS-Hilfe, JES Bundesverband (Hrsg.), 5. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2018, Lengerich, 2018

⁵ akzept e.V. Bundesverband, Deutsche AIDS-Hilfe, JES Bundesverband (Hrsg.), 5. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2018, Lengerich, 2018, S. 15f

⁶ Sophie Blasberg, Das Recht auf Stadt, erschienen in: talwaerts, Zeit für Wuppertal, Ausgabe 21/2015, S. 6

⁷ Blasberg, S.6

Keine einfachen Lösungen

Was also tun mit einem Problemfeld, das sich nicht nur als „Substanzkonsum im öffentlichen Raum“ darstellt? Die eingangs erwähnte Schweizer Studie „Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum“ unterteilt mögliche Lösungsansätze in drei Gruppen: Repressive, regulatorische und präventive Maßnahmen. Zur ersten Gruppe zählen beispielsweise die Erhöhung der Polizeipräsenz, Strafen und andere vergleichbare Schritte. Regulatorische Maßnahmen wären hingegen eine Erhöhung der Alkoholpreise oder eine Regelung des Zugangs zu Alkohol, während präventive Maßnahmen und Ziele darin bestehen können, etwa eine Sensibilisierung zum Thema zu erreichen, um dadurch im Idealfall Alkoholexzesse und Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Die Studienergebnisse legen nahe, „dass weder regulierende, repressive noch präventive Maßnahmen alleine zielführend sind.“ Erforderlich wäre vielmehr ein Bündel an Maßnahmen, „ein breiter Ansatz, der verschiedene Lösungsansätze kombiniert und an der Praxis, den Erfahrungen und am Wissen der unterschiedlichen Akteure anknüpft. Dazu zählt insbesondere die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei auf Bundesebene und verschiedene Gremien und Runde Tische auf lokaler Ebene.“⁸

Dass die Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei wichtig ist und auch Erfolge bringen kann, zeigt das **Beispiel der Stadt Bern**, in der in den 1990er-Jahren – ähnlich wie in Zürich – eine große offene Drogenszene existierte. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Aufträge standen sich die Berufsgruppen der Suchthilfe und der Polizei lange Zeit feindselig gegenüber. Diese änderte sich jedoch im Laufe der Zeit durch die Bildung einer neuen polizeilichen Einsatzgruppe, die nicht mehr wie in der Vergangenheit hauptsächlich den Konsum der Drogen bekämpfte, sondern vielmehr den Auftrag hatte, ein (nach der Zerschlagung) erneutes Entstehen einer offenen Drogenszene zu verhindern. Aufgrund dieses Paradigmenwechsels öffnete sich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den gleichzeitig ausgebauten Kontakt- und Anlaufstellen für Drogenabhängige. Die Kriterien für die Zusammenarbeit wurden verschriftlicht und gemeinsame Ziele definiert, u.a. offene Szenen zu verhindern und Vorurteile abzubauen. Grundlage für die übergreifende Zusammenarbeit ist die Schweizer **Viersäulenpolitik** (Prävention, Therapie, Schadensminderung sowie Repression und Kontrolle) sowie die politische Haltung der jeweiligen Kommunen.⁹

Auch in Österreich gibt es Positivbeispiele der säulenübergreifenden Zusammenarbeit, wie die langjährige Kooperation des Institut Suchtprävention mit der Polizei in OÖ zeigt, die sich in gemeinsamen Präventionsprojekten wie „**clever & cool**“ (Bereich Schule), der Organisation



der Kooperationstagung „Prägend“ oder im regelmäßigen fachlichen Austausch zum Ausdruck kommt. Für die aktuellen Problemfelder im öffentlichen Raum sind auch die Stadtverwaltungen wichtige Schnittstellen zwischen Polizei, Prävention, Suchthilfe und Sozialarbeit. Das zeigte beispielsweise auch das vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien initiierte Projekt „AGORA“, das zwischen 2012 und 2015 in Wien und Niederösterreich durchgeführt wurde und zum Ziel hatte, einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung und Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum zu leisten. Ein Fazit dieser Erhebung lautet: „Der Aufbau von Kooperation im öffentlichen Raum benötigt die Unterstützung übergeordneter Behörden, die Zustimmung einer informierten Öffentlichkeit, die Mitwirkung der betroffenen Umwelt und die Bereitschaft der beteiligten Organisationen sich auf der Ebene von Handlungen, Kognitionen und Affekten zu verändern.“¹⁰

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Problem „Substanzkonsum im öffentlichen Raum“ sich als vielschichtiger, komplexer Sachverhalt darstellt, der auch als solcher erkannt und bearbeitet werden muss. Es handelt sich um ein gesamtgesellschaftliches Querschnittsthema, das ein kooperatives Vorgehen und einen über die parteipolitischen Grenzen hinausgehenden Konsens erfordert.

Günther Ganhör

⁸ Birgit Lauberau, Andrea Niederhauser, Franco Bezzola, Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum: Was ist zu tun?, erschienen in: SuchtMagazin 5/2015, Bern, 2015, S.25ff

⁹ Daniel Aegerter, Ines Bürge, „Achtung, d'Bulle chömel“, erschienen in: SuchtMagazin 5/2015, Bern, 2015, S.33ff

¹⁰ Irmgard Eisenbach-Stangl et.al, Wie sich der öffentliche Raum gesundheitsfördernd gestalten lässt – Das Projekt AGORA, Wien, 2016, S.124

„UNTERSTÜTZUNG MIT GESPÜR“



Seminarangebot zum Thema Kinder aus suchtbelasteten Familien

Sucht ist eine Krankheit, die die ganze Familie betrifft. Ungefähr jedes 10. Kind in Österreich ist von elterlichem Alkoholismus betroffen. Kinder in dieser Lebenswelt sind mit spezifischen Belastungen konfrontiert.

Auf Grund komplexer Problemlagen ist die Arbeit mit betroffenen Familien und Kindern für professionelle Helfer häufig eine besondere Herausforderung. Im Seminar wird Hintergrundwissen vermittelt, um das Verständnis für die Situation dieser Kinder und Familien zu verbessern und die Handlungssicherheit im Umgang mit Betroffenen zu erhöhen.

Zielgruppe:

Alle Berufsgruppen, die mit dem Thema Kinder aus suchtbelasteten Familien direkt oder indirekt konfrontiert sind.

Mögliche Inhalte:

- Relevante Zahlen, Fakten und Definitionen
- Familiendynamik in suchtbelasteten Familien
- Belastungsfaktoren und Entwicklungsrisiken betroffener Kinder
- Kindliche Reaktionsweisen
- Schutzfaktoren: Ergebnisse der Resilienzforschung
- Wie kann Unterstützung mit Gespür gelingen?

Sie können dieses Seminar (1- bis 2-tägig) als interne Fortbildung für Ihre Einrichtung buchen.

Nähere Infos: sandra.brandstetter@praevention.at | 0732 778936-43

Localize It! Ein europäischer Präventionsansatz für Oberösterreich

Missbräuchlicher Alkoholkonsum und seine negativen Folgen sind in vielen Gemeinden ein Thema, das im öffentlichen Blickpunkt steht. Eine umfassende lokale Alkoholstrategie hat sich in der Vergangenheit auf europäischer Ebene als vielversprechender Präventionsansatz bewährt. Zum einen sind die Kommunen auf lokaler Ebene für Alkoholprävention verantwortlich und zum anderen haben sie die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten für die Umsetzung einer solchen lokalen Alkoholstrategie. Im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Projekts „Localize It!“ entwickeln jeweils zwei ausgewählte Kommunen in Österreich, Italien, Belgien, Zypern, Tschechien, Deutschland, Griechenland, den Niederlanden, Luxemburg, Portugal und der Slowakei maßgeschneiderte lokale Alkoholstrategien und setzen diese um. Die beiden österreichischen Gemeinden sind Linz und Bad Ischl. Das Institut Suchtprävention koordiniert in Oberösterreich das Projekt, das noch bis September 2019 läuft.

Im Dezember vorigen Jahres erfolgte in Oberösterreich der offizielle Startschuss für das Projekt „Localize It!“ in Linz und Bad Ischl. Ziel des bis September 2019 laufenden Projekts ist einerseits die Reduktion von übermäßigem, gesundheitsgefährdendem Alkoholkonsum („Binge Drinking“). Andererseits sollen durch die Maßnahmen negative Nebeneffekte eines übermäßigen Alkoholkonsums minimiert werden: Dazu zählen unter anderem Vandalismus, Verunreinigung auf öffentlichen Plätzen, Unordnung, Sachschäden, Häusliche Gewalt, Verkehrsunfälle, nächtliche Ruhestörungen oder Gewalt im öffentlichen Raum.

Als erster Schritt wurde in allen Kommunen anhand von Befragungen im Rahmen eines so genannten „Rapid Assessment and Response“ (RAR) ein Überblick der individuellen lokalen Situation aufbereitet und die relevanten Akteure für das Problem sensibilisiert. In einem weiteren Schritt fanden im Jahr 2018, basierend auf den RAR-Ergebnissen, in jeder Gemeinde „Round Table“-Gespräche statt, aus denen eine Bedarfsanalyse, die Erhebung des IST-Standes und die Entwicklung eines maßgeschneiderten Aktionsplans folgen. Die Aktionspläne müssen mindestens vier verschiedene Maßnahmen enthalten und orientieren sich an „Good Practice“-Ansätzen. Neben der Entwicklung des lokalen und Europäischen Netzwerks werden die einzelnen Maßnahmen anhand einer Prozess- und Ergebnisevaluation bewertet. Diese Bewertung wird vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf durchgeführt.

Im April und im Juni 2018 fanden in den zwei oberösterreichischen Gemeinden die ersten Round-Table-Gespräche statt. In Linz spielte dabei nicht nur das Thema Alkohol eine Rolle, sondern es standen auch illegale Substanzen, Lärm, Gewalt und psychisch beeinträchtigte Personen im öffentlichen Fokus. Neben politischen Vertretern der Stadt Linz nahmen auch Sozialarbeiter, die Polizei und Vertreter einer Bürgerinitiative teil. Dabei wurden zunächst eine Situationsanalyse und die Experteninterviews durch das Institut Suchtprävention vorgestellt. Im Anschluss wurden die unterschiedlichen Problemfelder, die sich im öffentlichen Raum ergeben haben, eingehend erörtert. Nach der Präsentation wurde bei der Gesprächsrunde in Linz darüber diskutiert, wie sich die bereits bestehenden Hilfesysteme künftig noch besser miteinander vernetzen und zusammenarbeiten können, damit die Betroffenen die vorhandenen Hilfsangebote, wie zum Beispiel Notschlafstellen oder medizinische Behandlungen, besser als bisher annehmen. Neben der Präsentation und Diskussion der Ergebnisse der Experteninterviews waren auch Good-Practise-Beispiele aus Europa ein Thema.

Internationaler Fachaustausch
am Institut Suchtprävention

In der zweiten oberösterreichischen „Localize It!“-Projektgemeinde, in Bad Ischl, wurden im Frühjahr ebenfalls zwei Round Table Gespräche organisiert. Im Mittelpunkt stand hier das Thema „Jugendlicher Alkoholkonsum im öffentlichen Raum“. Wie in Linz trafen sich auch in Bad Ischl Vertreter/innen der Stadtgemeinde, der Polizei, der Jugendarbeit und Streetwork-Einrichtungen, um gemeinsam mit Experten vom Institut Suchtprävention geeignete Maßnahmen zu definieren, um einerseits den Jugendschutz zu stärken und andererseits potenzielle Konfliktherde zwischen Alt und Jung zu entschärfen. Dies könnte beispielsweise durch öffentliche Veranstaltungen gelingen, die Begegnungsräume für die verschiedenen Generationen ermöglichen. Auch die Gastronomie soll dabei aktiv eingebunden werden. Den Ausgangspunkt stellten, wie auch in Linz, Fachinterviews und eine anschließende Situationsanalyse durch das Institut Suchtprävention dar. Im Herbst folgten in beiden Gemeinden weitere Gesprächsrunden. Mehr dazu erfahren Sie in der nächsten Ausgabe unseres Präventionsmagazins.



Ein weiterer Bereich des Projekts „Localize It!“ ist der Verkehrssicherheit gewidmet. Dazu trafen sich Anfang Oktober am Institut Suchtprävention in Linz Expertinnen und Experten aus Österreich, Luxemburg, Griechenland und Zypern zu einem fachlichen Austausch. Dabei wurde unter anderem der Workshop „Drive Clean“ vorgestellt, der in Kooperation mit oberösterreichischen Fahrschulen angeboten wird. Unter dem Motto „Aktiv lernen statt passiv konsumieren“ arbeiten junge, vom Institut Suchtprävention ausgebildete Trainer/innen mit den Fahrschülerinnen und Fahrschülern. Der Workshop bietet abwechslungsreiche Übungen, Diskussionen in der Gruppe, die Reflexion eigener Erfahrungen und kritisches Hinterfragen von Einstellungen und Alkoholmythen. „Drive Clean“ setzt vor der motorisierten Verkehrsteilnahme an. Denn Fahranfänger/innen verfügen einerseits zumeist über Konsumerfahrungen, haben andererseits jedoch keine ausgeprägten Gewohnheiten zu Trinken und Fahren entwickelt. Zudem stellt die Fahrschule einen „freiwilligen“ Lernort dar, an dem die Motivation – eine Lenkerberechtigung zu erhalten – besonders hoch ist. Der Workshop soll einerseits ein kritisches Bewusstsein für Trink-Fahr-Konflikte schaffen und dabei lebensnahe und umsetzbare Alternativen erarbeiten. Zudem soll eine positive Bewertung von Punkt-Nüchternheit erreicht werden, die letztlich auch zu einer Reduktion von Verkehrsunfällen unter Alkohol- und Drogeneinfluss führt.



Round Table-Gespräch in Linz

... AUS DER PRAXIS ...



Dietmar Mayr ist diplomierter Sozialarbeiter und seit mehr als 30 Jahren in unterschiedlichen Bereichen der Sozialarbeit tätig, seit 15 Jahren im Bereich „**Outreachwork - Obdachlosen-streetwork**“, den er im „**Sozialverein B37**“ auch leitet. Dietmar Mayr und sein Team kümmern sich um Menschen, die auf der Straße sind und vermitteln Folgeangebote wie Notschlafstellen, Wohnheime, Wohngemeinschaften, Wärmestuben und Beratungsstellen.

INTERVIEW MIT DIETMAR MAYR

Es war in der jüngeren Vergangenheit viel die Rede von den so genannten „Hot Spots“ in Linz. Wie stellt sich die Situation aus Sichtweise der Obdachlosen-Streetwork dar?

Die so genannten Linzer „Hotspots“ hat es immer schon gegeben. Das heißt, es hat schon immer Parks gegeben, wo man Obdachlose oder drogenkonsumierende Personen angetroffen hat, angefangen vom Schillerpark über den Volksgarten, den Hessenplatzpark usw. Dabei hat auch das Thema Alkohol immer eine Rolle gespielt und ebenso das Thema illegale Substanzen. Der Unterschied zur aktuellen Situation sind das Ausmaß und die Sichtbarkeit. Es wurde auch früher immer wieder gedealt und konsumiert, aber es war eben nicht so offensichtlich. Ein weiterer Unterschied ist auch die Tatsache, dass viele der betroffenen Personen früher noch eine Wohnung hatten. Der Konsum spielte sich oft in den eigenen vier Wänden ab. Ein Wendepunkt dieser Entwicklung war dann die Schließung zweier Lokale in der Altstadt. Die Szene, die sich dort regelmäßig aufgehalten hat, ist nach der Schließung sehr rasch am Hessenpark aufgetaucht. Dieser liegt zentral, es gibt einen Nahversorger, eine Apotheke, ein öffentliches WC usw. Da haben wir gemerkt, dass plötzlich zum Thema Obdachlosigkeit auch die Drogenthematik verstärkt hinzugekommen ist. Das öffentliche WC wurde mangels Alternativen als Konsumraum benutzt. Es wurden immer wieder Spritzen gefunden, die herumlagen, auch am Spielplatz. Es sind fallweise Menschen aus anderen Bundesländern gekommen, die hier Drogen kaufen wollten.

Ein weiterer Faktor war dann die Migrationsbewegung im Jahr 2015, wo vermehrt Schwarzafrikaner und Afghanen in den Park kamen und dort zum Teil ziemlich offensiven Drogenhandel betrieben. Mit diesen quantitativen Veränderungen ist auch eine qualitative Veränderung einhergegangen. Die Situation ist in der Folge dann regelrecht eskaliert. Dazu gab es dann viele Medienberichte und es wurde zum politischen Thema. Eine Bürgerinitiative gründete sich und es hat sich Widerstand gegen die Zustände im Park formiert. Die Betonung liegt dabei auf die Zustände, nicht auf einzelne Personengruppen. Wenn man durch den Park ging, wurde man oft offensiv angesprochen, ob man Drogen kaufen oder verkaufen will. Es gab Raufereien, es lagen Glasscherben herum, beim angrenzenden Supermarkt gab es Hausverbote, Menschen sind im Park herumgelegen, es kam vermehrt zu Rettungs- und Polizeieinsätzen. Letztlich wurden dann ein Alkoholverbot und eine polizeiliche Schutzzone errichtet, die dann die Situation, zumindest im Hessenpark, entschärft haben.

Wie viele Leute waren zum Höhepunkt dieser Entwicklung im Hessenpark vor Ort?

Das hat sich sehr unterschiedlich dargestellt. Es hat Zeiten gegeben, da war niemand anzutreffen, dann waren auf einmal 30 bis 50 Leute anwesend. Wir haben die Anzahl auf etwa 100 verschiedene Personen geschätzt. Zu dieser Zeit ist uns aber auch schon aufgefallen, dass vereinzelt Leute, denen der Wirbel dort zu viel geworden ist, schon in Richtung Südbahnhofmarkt, in die so genannte „Gruabn“, ausgewichen sind. Denn wie am Hessenpark befindet sich auch hier eine Apotheke in der Nähe, mehrere Nahversorger, ein öffentliches WC usw. Außerdem ist der Bereich dort ein wenig abgeschieden.

Mit dem Alkoholverbot und der Schutzzone am Hessenpark sind dann aber auch die meisten anderen Leute aus der Szene in Richtung Südbahnhofmarkt gewandert.

Sind jetzt weniger Leute dort als im Hessenpark?

Teilweise ja, es sind jetzt noch immer ca. 100 verschiedene Personen, wobei die größte Anzahl, die wir gleichzeitig vor Ort gesehen haben, nur mehr bei ca. 20 bis 25 Personen liegt. Wir finden dort neben einigen Obdachlosen auch Alkoholranke und Menschen, die alle möglichen psychotropen Substanzen bzw. Medikamente konsumieren, sich aber zum Teil auch bereits in Substitutionsbehandlung befinden. Die Drogenproblematik ist derzeit sicher größer als die Obdachlosenproblematik. Wir als Streetworker sind aber vor Ort, selbst wenn es nur einen Obdachlosen dort geben würde. Letztlich ist die derzeitige Situation für alle unbefriedigend: Für die Klienten, für die Sozialarbeiter bzw. Streetworker, für die Polizei, für die Anwohner, für die Gewerbetreibenden, für den Schachclub am Südbahnhofmarkt usw. Wir brauchen hier eine Lösung. Dabei sollten die Leute aber nicht wieder quer durch die Stadt von einem Park zum anderen vertrieben werden.

Es wird vermutlich nicht leicht sein, einen geeigneten Ort zu finden.

Ich spreche immer wieder mit den Leuten und habe sie auch gefragt, was sie brauchen würden. Da werden dann sehr konkrete Dinge genannt. Sie wollen nicht 10 Kilometer gehen müssen um zu Alkohol zu gelangen, es soll ein WC in der Nähe sein und ein Unterstand, wenn es regnet. Es soll auch nicht irgendwo an der Peripherie sein und eine Apotheke in der Nähe wäre auch nicht schlecht. Die Menschen wünschen sich aber auch einen Ort, wo man sie in Ruhe lässt und sie so sein dürfen, wie sie sind und wo das offensive Drogen-deal nicht überhand nimmt.

Die Obdachlosigkeit spielt also nicht die zentrale Rolle bei den Leuten?

Das muss man differenziert betrachten. Es gibt einige Leute, die tatsächlich im Park schlafen. Die leben auf der Straße, weil sie entweder nirgends rein wollen oder nicht rein dürfen; weil es ihnen ihre psychischen Erkrankungen verunmöglichen eine Einrichtung überhaupt aufzusuchen bzw. dort, ohne mit der jeweiligen Hausordnung in Konflikt zu geraten, zu bleiben; weil sie Hausverbote haben, weil sie zum Beispiel Spritzen in die Einrichtungen mitreinnehmen oder dort konsumieren. Für diese Leute gibt es tatsächlich keine Wohnformen. Alle diese Personen fallen unter die Kategorie „akut wohnungslos“. Daneben gibt es die Gruppe der „Wohnungslosen“. Das sind Menschen, die in so genannten „dubiosen Wohnverhältnissen“ leben. Das heißt, sie nächtigen bei Freunden oder Bekannten oder in Zweckgemeinschaften, sie haben gerade die Wohnung verloren oder sind gerade dabei sie zu verlieren, sie wohnen in Wohnheimen oder betreuten Wohnungen oder in psychosozialen Wohneinrichtungen, in der mobilen Wohnbetreuung oder schlafen in der Notschlafstelle. Zu einer dritten Kategorie zählen Menschen, die zwar eigenen Wohnraum haben, aber ihre Freizeit in der Szene im Park verbringen. Darüber hinaus gibt es auch noch so etwas wie „Tages-touristen“, die schnell kommen, aber auch wieder schnell weg sind.



Alkoholverbot am Hessenplatz Linz

Der größte Teil der Szene hat sicher ein Wohnproblem. Viele, die nicht akut wohnungslos sind, wohnen oft in Substandardwohnungen, die Miete ist nicht immer gesichert. Es sind auch viele ehemalige Obdachlose darunter, die es derzeit halbwegs geschafft haben. Es kommen aber beispielsweise auch Leute, die aus dem Gefängnis entlassen wurden und keine Alternative haben, als sich im öffentlichen Raum und somit auch an diesen Orten aufzuhalten.

Wie viele Personen sind in der Obdachlosen-Streetwork in Linz tätig und wie geht ihr auf die betroffenen Personen zu?

Wir sind zu fünft und fast täglich draußen unterwegs. Dazu kommt eine Ärztin für Allgemeinmedizin, die auch für Substitutionsbehandlungen ausgebildet ist und meist einmal in der Woche mit uns mitgeht. Wir gehen unsere Runden in den Parks, Tiefgaragen, öffentlichen WCs usw. Die meisten kennen uns und die, die uns nicht kennen, kommen und fragen meist rasch nach, wer wir sind. Dann gibt's ein wenig Smalltalk oder man vereinbart einen Termin im Büro und so kommt man eben nach und nach in Kontakt mit den Leuten. Meistens geht es um das Thema Wohnen, wenn zum Beispiel jemand eine Meldeadresse benötigt, sofern er die dafür erforderlichen Kriterien erfüllt, oder einen Platz in der Notschlafstelle braucht. Bei suchtkranken Leuten sind es darüberhinaus oftmals gesundheitsbezogene Angebote, die wir machen. Also die Vermittlung an speziellen Beratungs-, Behandlungs- und Therapieeinrichtungen. Aber auch zu Beschäftigungsprojekten, die den Leuten eine gewisse Tagesstruktur bieten.

Wird das Angebot gut angenommen?

Ja, es wird sehr gut angenommen. Wir halten die Obdachlosen-Problematik dadurch stabil klein, auch weil wir mit dem Sozialverein B37 einen starken Partner im Hintergrund haben, wenn es zum Beispiel um Vermittlungen in die Notschlafstelle, in die mobile Wohnbetreuung oder ins psychosoziale Wohnheim, geht. Bei jenen, die draußen schlafen wollen, weil sie es – wie schon erwähnt – drinnen nicht aushalten, dauert es oft Jahre bis die Bereitschaft dazu vorhanden ist, aber sobald sie da ist, sind wir auch sofort da. So versuchen wir eben ständig in Kontakt zu bleiben und die Leute zu besuchen.

Es gibt aber unter den jetzt auffälligen Personen auch Menschen, die sich nicht helfen lassen wollen.

Ja, die gibt es und das habe ich als Streetworker auch so zu akzeptieren. Allerdings bin ich jetzt schon über 30 Jahre in der Basissozialarbeit tätig, und ich weiß, über kurz oder lang kommen diese Menschen zu uns, weil sie die Hilfe benötigen und dann auch annehmen. Bei manchen dauert es dann halt 15 Jahre, aber irgendwann wird es passen. Aber natürlich gibt es auch Leute, die sagen: „Ich will so sein wie ich bin. Ich möchte draußen leben und komme auch ohne Hilfe gut über die Runden.“ Das sind meistens psychisch kranke Menschen, die nicht behandelt werden wollen und jegliche medikamentöse Behandlung strikt ablehnen.

Wo liegen derzeit die größten Probleme, wo kann und sollte man ansetzen?

Den größten Ärger verursacht nicht das Thema Sucht, wie man vielleicht vermuten könnte, sondern das Verhalten der Leute unter Substanzbeeinträchtigung. Wenn etwa 30 solcher beeinträchtigter Leute zu singen, grölen, zu raufen beginnen oder mit Bierflaschen herum-

werfen, dann erregt das Ärger bei Anrainern, Passanten, Gewerbetreibenden etc. Wir haben auch Klienten, die landen im Rausch auf der Straße und regeln den Verkehr, übernachten in Verkaufskojen am Südbahnhofmarkt oder gehen einfach in den Schachklub hinein, wo du sie dann nicht mehr herausbekommst. Das sind Verhaltensweisen, die als Begleiterscheinungen einer Suchtkrankheit bzw. einer Beeinträchtigung durch Substanzen zu verstehen aber nicht zu entschuldigen sind. Ich kann nicht einfach gebrauchte Spritzen irgendwo hinwerfen oder Passanten blöd anreden usw. Das geht nicht. Es gibt eben auch eine Grenze fürs Zusammenleben, die eingehalten werden muss. Wenn diese Grenze aber permanent überschritten wird, kommt es zu Problemen. Ich verstehe grundsätzlich beide Seiten. Ich verstehe die Leute auf der Straße, denen es nicht gut geht, aber ich verstehe auch die Anrainer, die mit diesem Zustand leben müssen. Es geht nicht darum, dass man diese Leute jetzt wegsperret, es geht um das überbordende Verhalten, das aber letztendlich nur durch die Beseitigung seiner Ursachen eingedämmt werden kann. Und dafür bräuchte es jetzt ein Gesamtkonzept, von der Primärprävention bis hin zur Versorgung der Suchtpatienten mit Wohnplätzen und geeigneten Therapieformen. Alkoholverbote alleine werden hier nicht greifen. Es braucht umfassende Begleitmaßnahmen, die die Bereiche Wohnen, medizinische Betreuung, Substitution, Beschäftigung etc. umfassen.

Wie sieht es mit den Schnittstellen zwischen Prävention, Polizei, Suchthilfe, Sozialarbeit, Behörden usw. aus?

Es hat sich stark verbessert im Vergleich zu früher. Jeder trägt seinen Teil zu einer gelingenden Zusammenarbeit bei, aber auch die Klienten müssen einen Teil zum Gelingen beitragen. Ihre eigene Selbstverantwortung kann ihnen niemand abnehmen. Es gibt ja auch viele gemeinsame Interessen und der kleinste gemeinsame Nenner ist letztlich gar nicht so klein. Ich bin überzeugt davon, dass es auch für die aktuellen Probleme zu einer Lösung kommen kann. In meiner langjährigen Tätigkeit habe ich schon viele Phänomene erlebt, von den Punks, exzessiven Alkoholkonsum, illegalen Substanzen, über Ecstasy bis zu Crystal Meth. Vielleicht braucht es auch kreativere Ansätze in Sachen Sucht- und Wohnkonzepten. Auch die obdachlose Szene hat sich stark verändert. Es ist alles im Wandel, der früher typische Obdachlose, der „Sandler“, der Clochard, den gibt es nur mehr vereinzelt. Die Gesellschaft hat sich stark verändert in den letzten beiden Jahrzehnten. Wir merken das auch am Andrang in unserer Anlaufstelle. Das sind nicht mehr nur Leute, die aus der untersten Schicht kommen. Da erwischt es Menschen, die kommen einfach mit dem Wohnen, mit dem Geld, nicht mehr aus. Dazu kommt immer wieder auch eine Vermischung mit dem Suchtthema.

Es gibt in der Suchtprävention einen Spruch: „Kinder stark, statt süchtig machen“ – darum geht es. Wenn man die Lebensgeschichten der Menschen kennt und weiß, wie sie in ihre derzeitige Lage gekommen sind, dann wird klar, dass es mit Sicherheit weniger wären, wenn man hier früh genug in soziale Kompetenzen investiert hätte. Man darf aber auch nicht alles schlecht reden. Linz ist trotz allem gut aufgestellt und es gibt auch viele positive Beispiele der Zusammenarbeit. Es gelingt uns auch sehr oft die Menschen von der Straße zu holen. Es gibt mehrere Einrichtungen für diese gestrandeten Leute und die Obdachlosigkeit ist in Linz sicher nicht höher als in vergleichbaren anderen Städten. Da brauchen wir keinen Vergleich scheuen. Es braucht aber eben angesichts des stetigen Wandels mitunter neue Erweiterungen. Es sollten in neuen Konzepten strafrechtliche, medizinische, sozialarbeiterische und sonstige therapeutische Maßnahmen ineinandergreifen bzw. die dahinterstehenden Institutionen in die Erarbeitung eingebunden sein.

„Die Drogenproblematik ist derzeit sicher größer als die Obdachlosenproblematik.“



Polizeipräsenz am Südbahnhof in Linz



GASTBEITRAG THOMAS MOHRS

Prof. Dr. habil. Thomas Mohrs ist Philosoph und Experte für Allgemeine und Angewandte Ethik. Er ist u.a. Leiter des Zentrums für Persönlichkeitsbildung und Begabungsförderung der PH OÖ und Koordinator des „Philosophikums“.



complize / photocase.de

„Zuvielisation“

Gedanken über das menschliche Maß

„Die Gier“, schrieb der Psychoanalytiker und Philosoph Erich Fromm, „ist immer ein Ausdruck der inneren Leere.“ Was er damit meinte: Wenn man nicht zufrieden ist mit dem, wer und wie man ist, wenn man nicht „bei sich“, sondern von sich selbst entfremdet ist, neigt man leicht dazu, dieses Selbstzufriedenheitsdefizit zu kompensieren, sei es durch Hab-Sucht, Herrsch-Sucht, Konsum-Sucht oder/und auch durch die „Flucht“ in den Rausch, die Droge.

(als Menschheit) die Ressourcen verbraucht haben, die eigentlich weltweit für ein ganzes Jahr zur Verfügung stünden. Ab diesem Tag leben wir auf Pump, leben zu Lasten zukünftiger Generationen und bereits heute – als „Externalisierungsgesellschaft“ – zu Lasten von Menschen in anderen Teilen der Welt, die den Preis für unseren (im Vergleich) luxuriösen Lebensstil zu zahlen haben. Dieser „Earth Overshoot Day“ lag im Jahr seiner ersten Berechnung 1987 am 19. Dezember; 2018 lag er am 01. August. Und wenn alle Menschen auf der Erde im Durchschnitt so leben würden wie die Einwohner/innen Österreichs, läge er sogar im April. Und wir bräuchten 3 Planeten, um den Ressourcen- und Energiebedarf zu decken. Die haben wir aber nicht, sondern nur diese EINE Biosphäre als unseren gemeinsamen Lebensraum. Also leben wir in einer „Zuvielisation“, leben über unsere Verhältnisse und können nicht ernsthaft wollen, dass alle Menschen auf der Erde so leben wie wir. Das ginge sich nämlich schlicht und einfach nicht aus, würde unweigerlich zum ökologischen, sozialen und höchstwahrscheinlich auch sicherheitspolitischen Kollaps führen, der auch uns betreffen und die Fortführung unserer Lebensweise unmöglich machen würde. Legt man Kants berühmten „kategorischen Imperativ“, der die Verallgemeinerbarkeit einer Maxime als Indikator für ihre ethische Unbedenklichkeit definiert, an unsere Lebensweise an, so gelangt man unweigerlich zum Schluss, dass diese nicht „allgemeines Gesetz“ werden kann – und deshalb ethisch (eigentlich) nicht zu rechtfertigen ist. Und so richtig es zweifelsohne ist, dass Alkohol eine gefährliche Volksdroge ist – der Konsumismus als herrschender Zeitgeist, als Totem oder Fetisch unserer zuvielisatorischen Wohlstandsgesellschaft, ist es längstens mittelfristig gesehen ebenso, weil er in weit größerem Maßstab die Zerstörung unserer eigenen Lebensgrundlagen zur Folge hat.

Wieso tun wir das? Wieso leben wir nicht nur als Individuen, sondern auch als Gesamtgesellschaft über unsere Verhältnisse, obwohl wir wissen, dass dieser Lebensstil auf Dauer nicht praktikabel sein kann, schon weil auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen unendliches Wachstum nun einmal nicht möglich ist? Dazu liefert womöglich die Philosophische Anthropologie Erklärungsansätze: Zum einen neigen wir Menschen dazu, uns mit anderen zu vergleichen, und zwar nicht selten mit dem, was andere haben. Und was

Das leuchtet intuitiv ein. Aber ist es möglich, dass dieses Phänomen der „Entfremdung“, dass die „innere Leere“, die in der Gier zum Ausdruck kommt, nicht nur ein individuelles, sondern ein kollektives, ein soziokulturelles sein kann, dass ein ganzes Gesellschaftssystem betroffen ist? Ich denke schon und verbinde das mit dem Begriff der „Zuvielisation“. Was dieses Begriffskonstrukt meint, lässt sich am Konzept des „Earth Overshoot Day“ (bzw. „Erdschöpfungstag“) anschaulich verdeutlichen. Das ist nämlich der Tag des Jahres, an dem wir

der andere hat, wollen wir auch haben – Girard nannte diesen Impuls das „mimetische Begehren“. Hinter dieser Neigung zum Vergleich und der mimetischen Hab-Gier steht vermutlich ein anderer anthropologischer Wesenszug, nämlich der Wunsch nach Zugehörigkeit. Wir wollen uns zwar auch von anderen abheben, „besonders“ sein, wollen aber gleichzeitig dazugehören, kein Außenseiter sein, erst recht kein uncooler Loser, der abgehängt ist und sich nicht leisten kann, was gerade als „must have“ angesagt ist. Und wenn die Rahmenbedingungen passen, schaukelt sich dieses „Spiel“ der sich gegenseitig anstachelnden Begehrliehkeiten bis zu einem Niveau hoch, das – mittel- und längerfristig gesehen – eigentlich für alle negativ bzw. sogar selbstzerstörerisch ist.

Das Problem ist nicht neu, sondern wahrscheinlich so alt wie die Philosophiegeschichte. Schon in der griechischen Antike galt daher die Mäßigung (sophrosyne), das Maßhalten als eine der Kardinaltugenden. Aristoteles stellte bei seiner Suche nach der Definition des Glücks schließlich fest: „Glücklich ist, wer mit äußeren Gütern mäßig bedacht maßvoll gelebt hat.“ Und selbst für Epikur, den vielleicht bekanntesten Vertreter des Hedonismus, der Philosophie der Lust, stand fest: „Willst du einen Menschen glücklich machen, so vermehre nicht seine Habe, sondern verringere seine Bedürfnisse.“ Das bedeutet keineswegs, dass man asketisch leben soll, aber dennoch erscheint es im Hinblick auf unsere „Zuvielisation“ als durchaus ratsam, sich auch heute an solchen uralten Einsichten zu orientieren und – in unserem eigenen mittel- und längerfristigen Interesse – zum „menschlichen Maß“ zurückzukehren – was Leopold Kohr schon im vergangenen Jahrhundert vehement gefordert hatte.

Und wir sollten vielleicht auch die ebenfalls altbekannte Dialektik der Lust bedenken: Der „Kater“ nach dem Rausch hat viele Gestalten. Und so wie das physische Elend dem Drogenmissbrauch folgt, kann das soziale und ökonomische Elend die Folge sein, wenn die „Party“ der Zuvielisationsgesellschaft vorbei ist.

Doch wenn die Gier tatsächlich ein Ausdruck der inneren Leere ist, wäre es dann nicht die beste Präventionsmaßnahme, bei der Erziehung und Bildung von Menschen darauf zu achten, dass sie sich eben nicht von sich selbst entfremden, sondern „bei sich“ sein und ihre individuellen Fähigkeiten, Talente und Begabungen, ihre authentische Persönlichkeit einwickeln können? Denn dann gäbe es auch entsprechend weniger Menschen, die ihre Selbstunzufriedenheit kompensieren müssen – sei es durch die Gier nach materiellem Besitz, nach Karriere und Macht oder/und durch die Flucht in den Rausch und die Droge. In einem solchen Erziehungs- und Bildungssystem wäre die Bildung zur Drogenmündigkeit ebenso wesentlicher Bestandteil wie die Bildung zur Medienmündigkeit und nicht zuletzt die zur Konsummündigkeit. Und wahrscheinlich würden viel mehr Menschen verstehen, dass und wieso weniger mehr ist. Mit den Worten der Pop-Rock-Gruppe „Silbermond“: „Du nimmst all den Ballast / und schmeißt ihn weg / denn es reist sich besser / mit leichtem Gepäck.“

„Die Gier ist immer ein Ausdruck der inneren Leere.“ Erich Fromm

ICD11: EXZESSIVES COMPUTERSPIELEN ALS NEUES KRANKHEITSBILD

Am 18. Juni 2018 wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die neue, mittlerweile elfte Fassung, des ICD veröffentlicht. Hinter dieser Abkürzung steht der etwas sperrige Name „International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems. Dieser Katalog ist das für Österreich maßgebliche Handbuch für medizinische Diagnosen und dient einerseits zur statistischen Erhebung aber auch zur Abrechnung von Gesundheitsleistungen mit den Krankenkassen. Aus diesem Grund hat wohl die Aufnahme der „Gaming Disorder“ für Aufsehen gesorgt. Neben positiven Stimmen gab es von einigen Wissenschaftlern kritische Anmerkungen zu diesem neuen Störungsbild.

Die neue ICD-11-Klassifikation der WHO enthält rund 55.000 Codes für Verletzungen, Krankheiten und Todesursachen. Die Vorstellung des neuen Katalogs fand starke Beachtung, vor allem aufgrund der Aufnahme der „Gaming Disorder“. Eine mögliche Übersetzung dieser Bezeichnung wäre wohl „Computerspielstörung“. Denn zunächst wurde der neue ICD 11 wie üblich in einer englischen Fassung veröffentlicht und dient als Basis für die Übersetzung und nationalen Anpassungen, die von den WHO-Mitgliedsländern bis Ende 2021 umgesetzt werden muss. Aus diesem Grund ist die nachfolgende Darstellung der diagnostischen Kriterien des neuen Störungsbildes nur als eine mögliche Übersetzungsvariante zu betrachten:

Die Computerspielstörung wird durch ein Muster anhaltenden oder wiederholten Spielverhaltens („digitale Spiele“ oder „Videospiele“) charakterisiert. Dies kann online (das heißt, über das Internet) oder offline geschehen und drückt sich aus durch:

- 1) eingeschränkte Kontrolle** über das Spielen (z.B. Beginn, Häufigkeit, Intensität, Dauer, Beendigung, Kontext);
- 2) zunehmende Priorität** für das Spielen in dem Maße, dass es wichtiger wird als andere Interessen im Leben und alltägliche Aktivitäten; und der
- 3) Fortsetzung oder Steigerung** des Spielens trotz des Auftretens negativer Konsequenzen.

Das Verhaltensmuster ist von hinreichender Ernsthaftigkeit, um zu signifikanter Beeinträchtigung in persönlichen, familiären, sozialen, schulischen, beruflichen oder anderen wichtigen Bereichen zu führen. Das Muster des Spielverhaltens kann durchgängig oder episodisch und wiederholt auftreten.

Damit eine Diagnose gestellt werden kann, liegen das Spielverhalten und die anderen Eigenschaften normalerweise für eine Dauer von mindestens zwölf Monaten vor. Die erforderliche Dauer kann verkürzt werden, wenn alle diagnostischen Anforderungen erfüllt und die Symptome ernsthaft sind.

Im Vergleich mit den Diagnoseleitlinien des ICD 10 für stoffgebundene Substanzen fällt eine deutliche Überschneidung auf: Es finden sich in obiger Beschreibung sowohl der starke Wunsch des „Konsums“ als auch der Kontrollverlust, die Toleranzentwicklung, die fortschreitende Vernachlässigung anderer Interessen und der anhaltende Konsum trotz des Nachweises eindeutiger schädlicher Folgen. Keine Entsprechung findet sich für das körperliche Entzugssyndrom, das bei Verhaltenssuchten allgemein nicht zu beobachten ist.

Aus der Sicht der WHO gab es aufgrund von Reviews und einem breiten Konsens der beteiligten Experten die aus unterschiedlichen Ländern kamen, hinreichende Evidenz für die Aufnahme dieses neuen Störungsbildes.

Der Psychologe Peter de Jonges kritisiert allerdings genau diese Vorgangsweise bei der seiner Ansicht nach eine Gruppe älterer „Kerle“ an einem Konferenztisch sitzt und entscheidet, was als eine psychische Störung anzusehen ist. Professor Andrew Przybylski von der Universität Oxford spricht in diesem Zusammenhang von einer „moralischen Panik“, die Gefahr läuft Computerspieler zu pathologisieren und zu stigmatisieren. In einem mit 30 anderen WissenschaftlerInnen veröffentlichten Artikel wird zudem davor gewarnt, dass in Hinkunft nur mehr das Symptom des exzessiven Spielens behandelt wird, ohne dass die zugrundeliegenden Probleme und Ursachen ausreichend beachtet werden.

Die von uns kontaktierten PsychotherapeutInnen sehen die zukünftige Diagnosemöglichkeit einer „Computerspielstörung“ durchwegs positiv. Sie erhoffen sich dadurch eine vereinfachte Abrechnung der Gesundheitsleistungen, mehr Forschung im Bereich möglicher Therapieansätze und nicht zuletzt eine verstärkte gesellschaftliche Diskussion des Themas. Die Gefahr der verstärkten Konzentration auf das Symptom sehen sie nicht, da bei einer Anamnese im Zusammenhang mit exzessivem (Computer-)Spielverhalten immer der Kontext möglicher Ursachen erhoben und bei der Therapie mitberücksichtigt wird.

Suchtprävention beschränkt sich nicht auf „exzessives Computerspielen“

Das Institut Suchtprävention widmet sich dem Thema „exzessives Computerspielen“ im Rahmen des Projekts „Prävention von problematischem Medienkonsum“. In der Präventionsarbeit setzen wir beginnend mit dem Kindergarten vor allem auf die Förderung der von der WHO definierten Lebenskompetenzen als Schutzfaktoren (auch) für die Entwicklung einer Online Sucht. Dies geschieht für den Kindergartenbereich durch Fortbildungen von PädagogInnen und durch das Projekt „Spielzeugfreier Kindergarten“. In der Volksschule werden diese schützenden Persönlichkeitseigenschaften durch das neue Programm „Gemeinsam stark werden“ gefördert. Das bewährte Präventionsprogramm „plus“ führt die Lebenskompetenzförderung in der 5. bis 8. Schulstufe weiter. In der 6. Schulstufe finden sich bei „plus“ zwei spezifische Unterrichtseinheiten zu den Themen „Medien im Alltag“ und „Handy und Internet“.

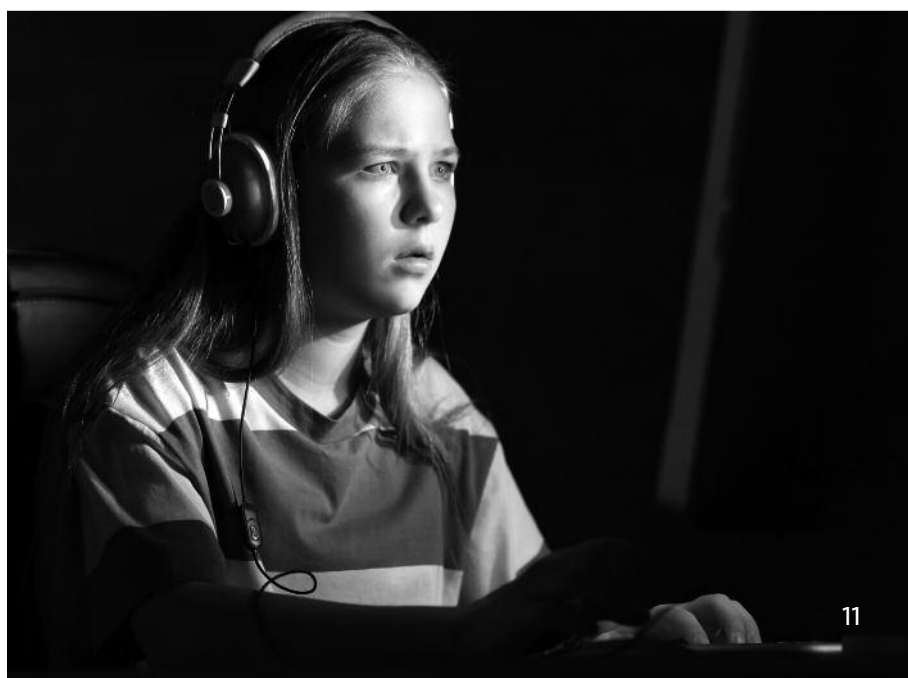
Wir beschränken uns inhaltlich nicht auf den Bereich des exzessiven Computerspielens, sondern berücksichtigen ergänzend aktuelle Phänomene, die im Zusammenhang mit der Nutzung von sozialen Netzwerken auftreten, wie zum Beispiel Probleme im Zusammenhang mit WhatsApp-Klassengruppen, Sexting, Cybermobbing, Cybergrooming. Hierzu finden alle interessierten Lehrkräfte in der **Übungssammlung „Neue Medien“** Vorschläge für den Unterricht. Die Übungssammlung steht unter www.praevention.at/schule/Info-und-Unterrichtsmaterialien als Download zur Verfügung.

Aus unserer Sicht ist es beim Thema Digitale Medien besonders wichtig, die Eltern einzubeziehen. Dies erfolgt über die Vorträge „Wieviel Bildschirm braucht mein Kind?“, „Schalt doch einmal ab!“ und „Nur noch dieses eine Level!“, die sich an Eltern von Kindergarten-, Volksschul- und Mittelschulkindern richten.

Die immer stärkere Nachfrage unserer Angebote im Bereich der Digitalen Medien zeigt, dass aktuell gerade dieser Bereich für Eltern, PädagogInnen aber auch für die Jugendlichen selbst, eine große Herausforderung darstellt.

Peter Eberle

Africa Studio / fotolia.com



PRÄVENTIONSKAMPAGNE „KICK OHNE TSCHICK“ GESTARTET



Der OÖ FUSSBALLVERBAND und die OÖ Gebietskrankenkasse haben im September 2018 in Kooperation mit dem Institut Suchtprävention eine weitere Initiative im Rahmen des Vereinscoachings gestartet. Ziel der Kampagne „Kick ohne Tschick“ ist es, speziell im Nachwuchsbereich das Nichtrauchen zu fördern und gleichzeitig die Vorbildwirkung von Trainer/innen hervorzuheben sowie das Vereinsumfeld als Lebensmittelpunkt noch attraktiver zu gestalten.

Rauchen gilt weltweit als häufigste vermeidbare Todesursache, jährlich sterben 14.000 Personen in Österreich an den Folgen des Tabakkonsums. 90% der Raucher beginnen vor dem 19. Lebensjahr mit dem Rauchen. Schädigungen sind bei Jugendlichen größer, da die körperliche Entwicklung (Lungenwachstum) noch nicht abgeschlossen ist. Zudem hat der Tabakkonsum bei der Ausübung des Fußballsports gravierende Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit, wie einige Beispiele aufzeigen: Rauchen führt bereits bei Jugendlichen zu einer Abnahme der aeroben Ausdauerleistungsfähigkeit um acht Prozent, der Muskelaufbau wird gehemmt, Blutdruck und Puls sind erhöht und die Regenerationszeit verlängert sich.

Die Fußballvereine als wichtiger Anker in der Gesellschaft eignen sich ideal, um bei Jugendlichen den Einstieg in die „Raucherkarriere“ zu verhindern. Daher möchte die neue Initiative gemeinsam mit den Vereinen Impulse setzen. Als Teil der Kampagne ermöglichen Vereine positive Effekte für die Gesundheit ihrer Spieler – und positionieren sich nachhaltig als gesunde Institution in ihrer Gemeinde. Der OÖ FUSSBALLVERBAND und die OÖ Gebietskrankenkasse bieten dabei mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog professionelle Unterstützung und Anreize.

Im Rahmen der **Auftaktveranstaltung in Sipbachzell** wurde eine „Startelf“ an Maßnahmen vorgestellt. Bei der Auftaktveranstaltung, ebenfalls Teil des Maßnahmenpakets, gab es spannende Fachvorträge zu den Themen Prävention und Rauchen, die von Mag. Tanja Schartner, MA (Institut Suchtprävention), Mag. Sabine Leeb (Rauchfrei-Telefon), Mag. (FH) Raphael Oberndorfinger (OÖ FUSSBALLVERBAND), Gerald Scheiblehner (OÖGKK) und Mag. Alfred Tatar (Fußballtrainer und TV-Experte) gehalten wurden.



Tanja Schartner, Institut Suchtprävention

Zu den weiteren Maßnahmen zählen u.a.:

AKTION RAUCHFREIE KANTINE

Vereine können ein kurzes Bewerbungsvideo einschicken, in dem beantwortet wird, warum die Kantine rauchfrei werden soll. Die besten Bewerbungen werden prämiert, indem die Vereinskantine von einem professionellen Maler kostenlos ausgemalt wird.

WORKSHOPANGEBOTE

Es gibt drei verschiedene Workshopangebote: Interessierte Vereine können einen Elternvortrag zum Thema Tabakprävention bei Jugendlichen buchen, der von Experten des Instituts Suchtprävention abgehalten wird. Letztere führen auch durch den Workshop „Übergänge gestalten“, der sich an das Alterssegment U15 bis U17 richtet und die Themen Erwachsenwerden, Fortgehen und Tabakkonsum behandelt. Bei diesem Workshop lädt die OÖGKK zu einem gemeinsamen gesunden Frühstück. Außerdem werden drei Rauchfrei-Seminare aus dem bewährten Maßnahmenprogramm der OÖGKK exklusiv für Personen aus dem Umfeld von Fußballvereinen angeboten.

KAMPAGNENSPTS

Es wurden zwei Videos („Kick ohne Tschick 4K“, „Bubble Bashen“) produziert, die für das Thema sensibilisieren bzw. Jugendliche zum Nichtrauchen motivieren und die Vorbildwirkung der Trainer transportieren.

INTEGRATION DER KAMPAGNE BEI NACHWUCHSMEISTER-EHRUNG

Eigener Informationsstand in der PlusCity und Einbindung der Kampagne in das Programm der Nachwuchsmeisterehrung am 27. September. Gewinnspiel und attraktive Give-Aways für die anwesende Kernzielgruppe.

SCHIEDSRICHTER ALS BOTSCHAFTER

Seit Mitte September tragen über 330 Schiedsrichter bei den Meisterschaftsspielen in Oberösterreich das Kampagnen-Logo auf ihrem Trikot und fungieren dementsprechend als wertvolle Multiplikatoren.

AKTIONSWOCHENENDE

Der 12./13./14. Oktober stand im Zeichen eines Aktionswochenendes auf Oberösterreichs Fußballplätzen. Alle Vereine von der LT1 OÖ-Liga bis zur Bezirksliga erhielten Überziehleibchen mit dem Aufdruck der Telefonnummer des Rauchfrei-Telefons (0800/810013). Die Überziehleibchen wurden von den Spielern beider Mannschaften beim Einlaufen auf das Spielfeld getragen, während der Stadionsprecher parallel dazu eine Information zur Aktion vorlas.

VERANSTALTERPAKETE NACHWUCHSTURNIERE

Ein Verein, der 2019 ein Nachwuchsturnier im Bereich U11 bis U16 ausrichtet, kann um ein Tabakpräventionspaket ansuchen. Darin enthalten sind Werbemittel der Aktion. Zudem gibt es eine gesunde Jause für das Turnier im Wert von 300 Euro.

TELEFONISCHES FACHCOACHING

Experten des Instituts Suchtprävention können telefonisch kontaktiert werden – zur Abklärung, welche Maßnahmen Vereine für ein rauchfreies Umfeld setzen können.

FOLDER MIT TIPPS

Es wurde ein Folder für Eltern und Großeltern produziert, der Ratschläge für den Umgang mit Jugendlichen in Bezug auf das Thema Rauchen gibt.

Rückfall

„Der Elefant, den keiner sieht“



peterstorch / photocase.de

Ein Rückfall in ein nicht wünschenswertes Substanzkonsumverhalten verursacht bei Betroffenen nicht selten Scham und das Gefühl des Versagens; bei Vorgesetzten und Arbeitskolleg/inn/en oft Enttäuschung und Ärger. Dabei ist ein Rückfall ein fast zu erwartendes Ereignis auf dem Weg aus einer Suchterkrankung. Führungskräfte sollten sich bei Auffälligkeiten grundsätzlich nicht scheuen den „Elefanten, den keiner sieht“, beim Namen zu nennen.

SUCHTPRÄVENTION IN DER ARBEITSWELT

Was bedeutet „Rückfall“ in Bezug auf problematischen Substanzkonsum? Ein Rückfall ist immer das Abweichen von einem im Vorhinein gesteckten Ziel, das jedoch unterschiedlich sein kann. Ein Rückfall kann es sein, statt der vorgenommenen 3 Zigaretten pro Tag doch 10 zu rauchen oder die angestrebte absolute Abstinenz nach einer Alkoholentwöhnungsbehandlung nicht zu erreichen. Meist geht dem konkreten Konsum schon ein „trockener Rückfall“, also ein Rückfall in alte Denkmuster und Verhaltensweisen voraus. Auch die Verlagerung von einer Abhängigkeit zu einer anderen (z.B. vom Glücksspiel zu Medikamenten) kann als Rückfall gewertet werden.

Nicht jeder Rückfall ist gleich und führt automatisch zum völligen Kontrollverlust. Jörg Petry, deutscher Psychologe und Autor hat in diesem Zusammenhang den Begriff „Vorfall“ eingeführt. Ein Vorfall kann bewältigt werden und zu einer stabileren Abstinenz bzw. zu einer realistischeren Einschätzung führen, welcher Umgang mit Substanzen (noch) möglich ist. Natürlich birgt jeder Rückfall auch die Gefahr, wieder ganz in alte Konsummuster zurückzuführen.

Rückfälle und Therapieziele in der Suchtbehandlung

Führte noch vor einigen Jahrzehnten ein Rückfall zum Ausschluss aus der Behandlungseinrichtung, ist die Bearbeitung und Prävention von Rückfällen heute ein fester Therapiebestandteil. Außerdem ist eine lebenslange Abstinenz nicht immer das einzig mögliche und sinnvolle Ziel einer Suchtbehandlung. Je nach bisheriger (Konsum-)Geschichte, den vorhandenen Konsummustern und ihren Begleiterscheinungen, den Ressourcen der Person usw. können auch Konsumreduktion, Konsumpausen, kontrollierter Konsum oder Substitution (Medikamente als ärztlich verordnete Ersatzstoffe) Ziele sein.

Warum und wann kommt es zu Rückfällen?

Nach Marlatt und Gordon (1985) spielen soziale, kognitive und verhaltensbezogene Faktoren eine Rolle, wenn es zu einem Rückfall kommt. Werden in einer unausgewogenen Lebenssituation (z.B. Einsamkeit, Stress) scheinbar harmlose Entscheidungen getroffen (z.B. Probleme nicht ansprechen, ein Lokal aufsuchen), entstehen rückfallgefährdende Hochrisikosituationen, für die die vorhandenen Bewältigungsstrategien nicht ausreichen. Ungünstige Gedanken oder Emotionen führen zum „Vorfall“, zum ersten Substanzkonsum. Aus dem ersten Ausrutscher wird dann eher ein schwerwiegender Rückfall, wenn starke Schuld- und Schamgefühle auftreten und die Gründe für den erneuten Substanzkonsum vorwiegend bei sich selbst gesucht werden.

Innere Risikosituationen (60% aller Rückfälle):

- Unangenehme Gefühlszustände
- Angenehme Gefühlszustände
- Versuche eines kontrollierten Konsums
- Plötzliches Verlangen

Äußere Risikosituationen (40% aller Rückfälle):

- Konfliktsituationen
- Soziale Verführungssituationen
- Geselligkeit

Körkel und Schindler, die ein eigenes Programm zur Rückfallprävention bei Alkoholabhängigen entwickelt haben, konnten belegen, dass es bei 80% der Betroffenen zu erneutem Substanzkonsum kommt. Die Rückfallwahrscheinlichkeit ist in den ersten Monaten am höchsten. Rückfälle sollten nicht als Scheitern von Betroffenen oder Behandlern gesehen werden, sondern sind mitunter ein hilfreiches Symptom im Krankheitsverlauf, dessen Bearbeitung einen wichtigen Schritt in der Genesung darstellt.

HILFREICHE STRATEGIEN BEI RÜCKFÄLLEN

Tipps für Führungskräfte u.a. Schlüsselkräfte in Unternehmen:

Für Führungskräfte sind Rückfälle meist dann relevant, wenn es zu Arbeitsausfall wegen Substanzkonsum oder zu beeinträchtigtem Erscheinen am Arbeitsplatz kommt. Sinnvoll ist, sich als Dienstgeber mit der Möglichkeit eines Rückfalls auseinanderzusetzen und auch diese Situation in der Erstellung einer Betriebsvereinbarung zur Intervention bei suchtgefährdeten Mitarbeitern/innen mit zu regeln und in Rückkehrgesprächen mit betroffenen Mitarbeitern/innen zu thematisieren.

Grundsätzlich gilt:

- Keine Heimlichkeiten! Nennen Sie den „Elefant, den keiner sieht“ beim Namen!
- Keine Vorwürfe! Ein Rückfall ist keine Charakterschwäche, sondern häufiger Bestandteil des Krankheitsverlaufes.
- Vermitteln Sie, wenn möglich, dass ein Rückfall nichts Ungewöhnliches ist und dass Sie an den/die Mitarbeiter/in glauben.
- Fordern Sie den/die Mitarbeiter/in trotzdem auf, wieder zu den vereinbarten (Abstinenz)zielen zurückzukehren und sich rasch (wieder) in Behandlung zu begeben.
- Je rascher professionelle Hilfe in Anspruch genommen wird, desto schneller und einfacher ist der gewünschte Status wieder herzustellen!
- Weisen Sie auf mögliche Konsequenzen eines fortgesetzten Konsums hin und machen Sie deutlich, dass die Verantwortung beim/bei der Mitarbeiter/in liegt.

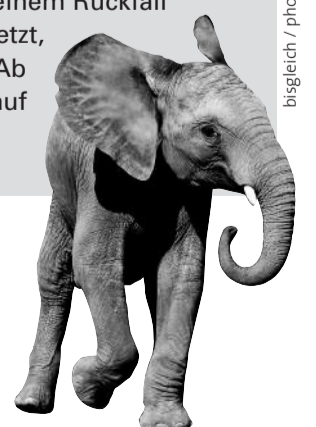
Was können Sie als Führungskraft oder Kollege/in zur Unterstützung der Abstinenz eines suchtkranken Menschen tun?

- Halten Sie während der Behandlung Kontakt mit dem/der Mitarbeiter/in. Entscheiden Sie gemeinsam, was den Wiedereinstieg erleichtert und welche Informationen die Kolleg/inn/en bekommen sollen (Berufliches Eingliederungsmanagement).
- Die besten Chancen auf einen guten Verlauf haben Menschen, die alle drei Stufen einer Suchtbehandlung absolvieren: körperlicher Entzug, (psychosoziale) Entwöhnungsbehandlung und Nachsorge, z.B. durch Selbsthilfegruppen. Nur ein sehr kleiner Teil aller alkoholabhängigen Menschen in Österreich nimmt eine Alkohol-Entwöhnungsbehandlung in Anspruch. Schätzen Sie das Bemühen Ihrer/s Mitarbeiters/in!
- Nach der Rückkehr an den Arbeitsplatz sollten Sie ehrlich und klar sein. Verheimlichen Sie Ihre Gefühle nicht. Unterlassen Sie nicht Handlungen nur deshalb, weil Sie befürchten, diese könnten einen Rückfall auslösen.
- Setzen Sie sich gemeinsam neue Ziele. Übertragen Sie Ihrem/r Mitarbeiter/in nach und nach wieder Verantwortung. Sie ermöglichen damit wieder Erfolgserlebnisse und drücken Wertschätzung aus.
- Schenken Sie Ihrem/r Mitarbeiter/in Vertrauen, auch wenn es eine Weile dauern wird, bis alle im Team dem Neustart trauen und zu einem neuen Gleichgewicht finden.
- Regeln Sie in Ihrer firmeninternen Suchtpräventions-Betriebsvereinbarung auch die Möglichkeit eines Rückfalls: Wird bei einem Rückfall wieder bei jener Stufe im Handlungsschema fortgesetzt, auf der der/die Betroffene vor der Behandlung war? Ab wann gelten die Vorfälle als verjährt, sodass wieder auf Stufe 1 des Handlungsleitfadens begonnen wird?

Rosmarie Kranewitter-Wagner

QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

Hilfestellungen für Führungskräfte: www.stepcheck.at/betrieb
SuchtMagazin 1/2016: Rückfälle. www.suchtmagazin.ch, Infodrog Bern
Körkel, Joachim und Schindler, Christine: Rückfallprävention mit Alkoholabhängigen: Das strukturierte Trainingsprogramm S.T.A.R. Springer Verlag. 2003.



bisgleich / photocase.de

SELBSTHILFGRUPPEN UND BERATUNGSEINRICHTUNGEN:

Selbsthilfegruppen für (entwöhnte) Alkoholiker: www.selbsthilfe-ooe.at/selbsthilfegruppen
Beratungsstellen in OÖ, an die sich auch Führungskräfte und Kolleg/inn/en wenden können: www.praevention.at/infobox/hilfsangebote-ooe.html
Unterstützung für Unternehmen bei betrieblicher Eingliederung: www.betriebservice.info



NEUES PROGRAMM FÜR VOLKSSCHULEN: GEMEINSAM STARK WERDEN

„Gemeinsam stark werden“ ist ein neues Unterrichtsprogramm zur psychosozialen Gesundheitsförderung von Kindern im Volksschulalter (1.– 4. Schulstufe). Es wurde von den Fachstellen für Suchtvorbeugung in Österreich und der Weitblick GmbH entwickelt. Das Ziel des Programms ist die Stärkung jener Lebenskompetenzen, die eine Voraussetzung für ein gesundes, selbstbestimmtes und erfülltes Leben sind. Als universelles Präventionsprogramm orientiert sich „Gemeinsam stark werden“ am Lebenskompetenzansatz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und leistet einen Beitrag zur Sucht-, Gewalt- und Suizidprävention, sowie zur Prävention psychischer Störungen. **Das Programm „Gemeinsam stark werden“ ersetzt ab dem Schuljahr 2018/19 das bisher für den Volksschulbereich angebotene Programm „Eigenständig werden“. Dieses wird nicht mehr angeboten!** Weitere Informationen zum Programm „Gemeinsam stark werden“ erhalten Sie auf unserer Homepage unter praevention.at/gemeinsamstark sowie bei Mag. Ingrid Rabeder-Fink, Abteilung Schule-Familie-Kinder, Institut Suchtprävention: ingrid.rabeder@praevention.at



PRÄVENTIONSPROGRAMM PLUS: FEIERLICHER LEHRGANGSABSCHLUSS

Am 26. Juni 2018 fand am Institut Suchtprävention in Linz die feierliche Abschlussveranstaltung für den sechsten Ausbildungslehrgang des Unterrichtsprogramms PLUS statt. Insgesamt 55 AHS- und NMS-Lehrkräfte haben den aktuellen Durchgang dieser qualitätsgesicherten Zusatzausbildung zum Thema Sucht- und Gewaltprävention absolviert und erhielten ihre wohlverdienten Abschlusszertifikate. Die Zertifikatsverleihung erfolgte durch Mag. Ingrid Rabeder-Fink vom Institut Suchtprävention.

PLUS ist ein Programm zur Sucht- und Gewaltprävention auf Basis des Lebenskompetenzansatzes und wird in Oberösterreich vom Institut Suchtprävention angeboten. Der aktuelle, mittlerweile **10. Durchgang** der auf vier Jahre verteilten Lehrerausbildung, startete im Herbst 2018. Dank der finanziellen Unterstützung des OÖ Gesundheitsfonds konnten heuer weitere 150 Pädagoginnen und Pädagogen in 6 Seminargruppen mit der kostenlosen Ausbildung starten!



AKTIONSTAG „RAUSCH & RISIKO“ AN DER HTL LMT WELS

Eine spannende Mischung aus Information und Erleben wurde den Schülerinnen und Schülern der Welser HTL für Lebensmitteltechnologie am 18. Oktober 2018 geboten: Am Aktionstag „Rausch & Risiko“, veranstaltet vom Institut Suchtprävention in **Kooperation mit dem ARBÖ und der Landespolizeidirektion Oberösterreich** erhielten die Jugendlichen zahlreiche Infos über die Auswirkungen von Alkohol oder Drogen im Straßenverkehr und über gute Strategien, nach einem Fortgeh-Abend wieder sicher nach Hause zu kommen.

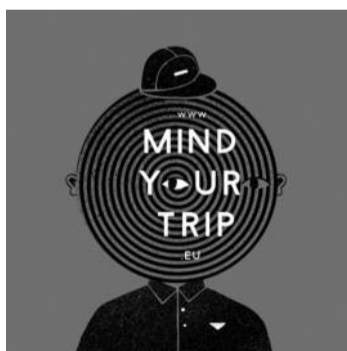
Die „Suchtpräventions-Peers“, eigens für Suchtvorbeugung an der Schule ausgebildete geschulte Schüler/innen, steckten einen Geschicklichkeitsparcours ab, den ihre Mitschüler/innen mit einer Rauschbrille absolvieren mussten. Mit der simulierten Alkoholisierung von 0,8 Promille, fiel den Jugendlichen das Umgehen von Hindernissen und zielgenaue Tätigkeiten sichtlich schwer. Beim Aufprallsimulator des ARBÖ wurde erlebbar, welche Kräfte schon bei einem Aufprall von 10 km/h auf den menschlichen Körper wirken! Konzentrierte Gesichter gab es auch auf dem Moped-Simulator des ARBÖ. Für ungeübte Fahrer war das richtige Reagieren in den simulierten Verkehrssituationen schon schwierig genug, mit der simulierten Rauschwirkung der Rauschbrille waren Unfälle dann vorprogrammiert – das sorgte für einige Aha-Erlebnisse bei den Schülern. Die Schilderungen von Bezirksinspektor Reinhold Wimmer wurden mit Interesse und Betroffenheit aufgenommen und mit Anna Kaiser, einer Trainerin des Instituts Suchtprävention, wurde rege über die Auswirkungen von Alkohol und gute Strategien für sicheres Nachhause-Kommen diskutiert. Mit den alkoholfreien Cocktails der „Barfuss“ klang der Aktionstag aus. Das Thema wird aktuell bleiben – nicht zuletzt deshalb, weil die meisten der Jugendlichen bald mit der Führerscheinausbildung beginnen werden. Das Projekt „Drive Clean“ wird durch die Verkehrsabteilung des Landes OÖ, unter der Leitung von Landesrat Mag. Günther Steinkellner, finanziell gefördert.



MIND YOUR TRIP: INFOS UND BERATUNG FÜR JUNGE NPS-KONSUMENTEN

Das europaweite Online-Beratungsprogramm "MindyourTrip" für junge Konsumenten „Neuer Psychoaktiver Substanzen“ (NPS) ist online: Die Internetseite und das Online-Beratungsprogramm „MindyourTrip“ (www.mindyourtrip.eu) sind das Ergebnis des EU-Projektes "Click for Support - REALized" (2017-2018), das von der Europäischen Kommission unter dem Arbeitsprogramm "The Internal Security Fund – Police & the Drugs Policy Initiative" 2015 mitfinanziert wurde. Wie auch beim Pilotprojekt "Click for Support" ist das Institut Suchtprävention auch beim Folgeprojekt "Click for Support Realized" als Österreich-Vertreter aktives Mitglied dieser Initiative.

Das Online-Präventionsangebot für NPS-User basiert auf der Grundlage von Motivational Interviewing, der kognitiven Verhaltenstherapie und dem Transtheoretischen Modell der Veränderung. Informationen, ein Test zur Konsumselbstschätzung, Safer Use und ein 30 Tages Beratungsangebot sind wesentliche Bestandteile der Web-App, die in 10 Sprachen online ist. Im November werden in Münster die Ergebnisse der Länder analysiert und E-Health Methoden diskutiert. www.praevention.at/mindyourtrip



TABAKPRÄVENTION: SIEGREICHE SCHULKLASSEN WURDEN GEEHRT

Die österreichweite Tabakpräventionsinitiative „Leb dein Leben. Ohne Rauch. YOLO!“ für 10- bis 14-Jährige hat mit 226 teilnehmenden Schulklassen ein wichtiges Zeichen für das Thema „Nichtrauchen“ gesetzt. Die Schüler/innen haben mit ihren Klassenlehrer/innen auf Basis bereitgestellter Unterrichtsmaterialien und mithilfe der interaktiven „Quiz-App“ YOLO nicht nur ihren Wissenstand rund um die Tabakprävention und Gesundheitsthemen verbessert, sondern auch den Teamgedanken gestärkt. Ein gemeinsames Klassenfoto und das Voting um die begehrten Siegerplätze waren Teil der Initiative.

Das YOLO-Team tourte durch Österreich und verlieh an die Gewinnerklassen pro Bundesland Geldpreise für die Klassenkasse: 500 Euro für den ersten Platz, 250 Euro für den zweiten Platz und 100 Euro für den dritten Platz. Die Übergabe erfolgte bei den „Schall ohne Rauch“ Schüler/innen-Events in den jeweiligen Landeshauptstädten. In Oberösterreich ging Platz 1 in diesem Schuljahr an die 4A der NMS Geinberg, die sich mit ihrer Lehrerin Vera Gollhammer im Rahmen des Biologieunterrichts mit dem Thema „Welche Vorteile hat das Nichtrauchen?“ beschäftigte, unter anderem mit dem YOLO-Quiz, mit der Erstellung von kreativen Fotos zum Thema und einer Votingphase, die souverän bewältigt wurde. Den zweiten Platz belegte die 4B der NMS Schärding. Platz 3 ging an die 4C der Neuen Mittelschule Ried der Franziskanerinnen von Vöcklabruck. Als Vertreter des Instituts Suchtprävention war Rudolf Gruber am 6. April in der Linzer Remembar vor Ort und überreichte die Siegertickets an die erfolgreichen Klassen. www.yolo.at



EIN UNIVERSALIST MIT BODENHAFTUNG

Im Portrait: Siegfried Unger



Es gibt wohl nur wenige Kolleginnen und Kollegen, die die Entwicklung der Suchtprävention in Oberösterreich über einen so langen Zeitraum so hautnah miterlebt und auch so vielfältig mitgestaltet haben, wie Siegfried Unger. Seit 1997 arbeitete „Siegi“, wie ihn die meisten am Institut nennen, in verschiedensten Funktionen in der Suchtvorbeugung. Zunächst noch im damaligen Regionalnetzwerk des Instituts als zuständiger Projektentwickler für die Bezirke Eferding, Schärding und Grieskirchen, in weiterer Folge dann im Bereich der Außerschulischen Jugend. Der gelernte Verkäufer und ausgebildete Erzieher erinnert sich gerne an die Anfangszeiten der Suchtprävention in Oberösterreich. In wie vielen Schulen, Betrieben oder Gemeindegremien er dabei im Einsatz war, weiß Siegfried nicht mehr genau, aber „es war kaum ein Abend dabei, wo ich nicht irgendeinen Vortrag zu halten hatte. Es war eine sehr intensive Zeit mit vielen Terminen, aber auch eine sehr schöne Zeit. Wir konnten damals wertvolle Kontakte knüpfen, die gut für die Entwicklung des Instituts waren.“ Zu seinen derzeitigen Aufgaben am Institut Suchtprävention zählt unter anderem die Mitarbeit am „OÖ Drogenmonitoring“, einer regelmäßig durchgeführten Bevölkerungsbefragung, bei der das Konsumverhalten der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher im Zusammenhang mit legalen und illegalen Substanzen erhoben wird. Weitere Tätigkeitsfelder unseres meist gut gelaunten und positiv gestimmten Kollegen Siegfried sind zudem die Mitarbeit beim Pilotprojekt „Familien stärken“, seine Vorträge zum Thema „Illegale Substanzen“ oder sein Engagement im Betriebsrat.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit am Institut ist aber für den Naturliebhaber und NLP-Spezialisten vor allem sein quasi „zweites Leben“ von großer Bedeutung: jenes auf dem Bauernhof mit seiner Lebenspartnerin. Hier findet er inmitten von Wald, Wiesen, Schafen und Hühnern zwar ebenfalls viele Aufgaben, aber auch die guttunende Bodenhaftung und Entspannung, die es im Leben braucht, um wieder Kraft für neue Aktivitäten zu schöpfen. Im beruflichen Kontext schätzt „Siegi“ bei der Zusammenarbeit mit seinen Kolleginnen und Kollegen deren fachliche Kompetenz: „Es ist wirklich schön, weil alle auf ihrem Gebiet viel Fachwissen einbringen können!“ Weniger erfreut zeigt sich der Musikliebhaber, Schallplatten- und Plattenspieler-Experte von der aktuellen Drogenpolitik. „Ich hoffe, dass sich hier in den nächsten Jahren national und international noch mehr bewegt. Der „Kampf gegen die Drogen“ schadet im Grunde mehr als er hilft. Es braucht neue Konzepte und ich bin davon überzeugt, dass die Suchtprävention hier eine wichtige Rolle einnehmen wird.“

GRUNDLAGEN DER MOTIVIERENDEN GESPRÄCHSFÜHRUNG

Andreas Jähne, Cornelia Schulz, Paderborn, 2018

In diesem Buch präsentieren die Autoren übersichtlich, fundiert und anhand vieler Fallbeispiele die Grundlagen der Motivierenden Gesprächsführung (Motivational Interviewing, MI), ihre Entwicklung bis zum heutigen Stand, die Einsatzfelder und praktischen Umsetzungsmöglichkeiten. Seit ihrer Begründung in den 80er-Jahren hat das MI immer neue Anwendungsbereiche gefunden: Neben dem erfolgreichen Einsatz in der Suchttherapie (Essstörungen, Drogenmissbrauch, pathologisches Spielen etc.) kann das MI auch Betroffenen mit Angststörungen oder im Umgang mit chronischen Krankheiten helfen, ihre Selbstwirksamkeit zu erfahren und zielführende Verhaltensweisen umzusetzen. Die innere Motivation des Klienten wird durch ein Eruiieren und Auflösen von ambivalenten Einstellungen bewirkt. Da es bei der MI vor allem um eine Grundhaltung und eine universelle Technik in Beratungssituationen geht, lässt sie sich in vielfältige Beratungs- und Therapieformen integrieren. So gelingt Veränderung – in jedem Setting!

NEUE AUTORITÄT – DAS GEHEIMNIS STARKER ELTERN

Haim Omer, Philip Streit, Göttingen, 2018

Neue Autorität als allgemeines Erziehungsprinzip? Was das bedeutet und wie das funktioniert, erklären die beiden Autoren Haim Omer und Philip Streit im gleichnamigen Buch. Der Eltern-Ratgeber stellt ein Plädoyer für ein grundsätzliches Umdenken von Erziehungsprinzipien dar: Widerstand und Wiedergutmachung statt Strafe und Härte, Selbstveränderung und Unterstützung statt Einzelkampf und Kontrollversuche. Omer und Streit erläutern dabei, wie es mit der „neuen Autorität“ der Spagat gelingen kann, auch unangenehme Dinge zu äußern, ohne die Beziehung in Frage zu stellen. In sieben kompakt gehaltenen Hauptkapiteln wird der Ansatz erklärt und durch viele Praxisbeispiele ergänzt.

WIE SICH DER ÖFFENTLICHE RAUM GESUNDHEITSFÖRDERND GESTALTEN LÄSST – DAS PROJEKT AGORA

Irmgard Eisenbach-Stangl et.al, Wien, 2016

Das Forschungsprojekt „AGORA“ (2012–2015) baute auf dem vom FONDS GESUNDES ÖSTERREICH geförderten Projekt „Jugendliche Alkoholszenen“ auf, das die mangelhafte bis fehlende Kooperation von Berufsgruppen, die den öffentlichen Raum gestalten, aufgezeigt hat. Ziel von AGORA war es, zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit ausgewählter Berufsgruppen beizutragen. Der Projektschwerpunkt lag bei der gegenseitigen Abstimmung der Aktivitäten von Polizei und Sozialer Arbeit. Ein kooperativ gestalteter öffentlicher Raum fördert laut Weltgesundheitsorganisation „das Wohlbefinden“ der Kooperierenden, so wie der ihn Nutzenden. Darüber hinaus trägt er zur gesellschaftlichen Integration bei und hat eine demokratiepolitische Funktion. Um den Unterschieden des öffentlichen Raumes und der Problemlagen in der Großstadt und in ländlich-kleinstädtischen Regionen gerecht zu werden, wurde AGORA in jeweils drei heterogenen Bezirken der Bundesländer Wien und Niederösterreich durchgeführt.

SYSTEMISCHE GESUNDHEITSFÖRDERUNG – GESUNDHEIT GEMEINSAM GESTALTEN

Eberhard Göpel, Frankfurt a.M., 2008

Mit dem Konzept einer systemischen Gesundheitsförderung wird die Leitidee einer partizipativen, ko-evolutionären Gesundheitsförderung von Menschen, die sich aus kränkenden und krank machenden Alltagsverhältnissen und –gewohnheiten befreien wollen, konkretisiert. Als Handlungsorte werden die kommunalen Lebenswelten in den Mittelpunkt gerückt. Die Strukturen einer nachhaltigen Gesundheitsförderung müssen in den Kommunen aufgebaut werden und die Bundespolitik sollte diese Investitionen aktiv unterstützen. Das Buch dient als Einführung für die Fort- und Weiterbildung von sozialen AkteurInnen, die den Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung zur Grundlage Ihres praktischen Engagements machen wollen.

TIPP: Alle erwähnten Bücher können in der Fachbibliothek am Institut Suchtprävention kostenlos entlehnt werden.

Öffnungszeiten: Mo–Do: 8:30–12:00 Uhr und 13:00–16:00 Uhr Fr: 8:30–12:00 Uhr Schulferien: 8:30–12:00 Uhr Online-Katalog: praevention.at



STEP BY STEP

früherkennen und handeln

Hilfe für (sucht)gefährdete Schüler und Schülerinnen

STEP BY STEP

SCHULINTERNE LEHRERFORTBILDUNG

Inhalte:

- Hintergründe und Ursachen von jugendlichem Problemverhalten
- Früherkennung von problematischen Entwicklungen und Situationen
- Intervention und Gesprächsführung
- Gesetzliche Grundlagen (SMG §13, JWG, SchUG)
- Vernetzung mit Beratungseinrichtungen
- Vorbereitung für ein mögliches Handlungsmodell an der Schule

Ziele des Früherkennens und Handelns:

- Gefährdete Schülerinnen und Schüler erhalten frühzeitig professionelle Hilfe. Frühzeitige Intervention beugt Chronifizierungen und eskalierenden Situationen vor. SchülerInnen können eher eigene Ressourcen aktivieren um ihr Verhalten oder das nähere Umfeld zu verändern.
- Die einzelne Lehrperson wird entlastet: Geteilte Verantwortung, klare Zuständigkeiten und Transparenz kann entlasten und zur Sicherheit im Umgang mit gefährdeten SchülerInnen beitragen.
- Die Kernaufgabe ist besser erfüllbar. Eskalation und Krisen rauben Energie und können die Hauptaufgaben eines geregelten Schulbetriebes erschweren.

Teilnehmerzahl: mindestens 10 Lehrkräfte,
ideal mit Schulleitung und SchulärztIn

Teilnehmerzahl: 10 UE, aufgeteilt auf zwei Termine

Infos: dieter.geigle@praevention.at | 0732 778936-44
www.praevention.at/stepbystep

PLATTFORM **GEWALTPRÄVENTION OÖ**

gewaltpraevention-ooe.at

NEUE WEBSITE ab 11. Dezember 2018!

Mobbing und Gewalt an Schulen sind ein erhebliches Problem. Sie beschäftigen die Öffentlichkeit, schockieren, emotionalisieren, machen betroffen und Angst. Mobbing und Gewalt hinterlassen oft lebenslange Narben.

Alle SchülerInnen, deren Eltern und alle LehrerInnen haben das fundamentale Recht, sich in der Schule sicher zu fühlen und keine Angst vor Benachteiligung, Entwürdigung und Gewalt haben zu müssen.

Die „Plattform Gewaltprävention OÖ“ besteht aus fünf wesentlichen Anbietern von mobbing- und gewaltpräventiven Leistungen in Oberösterreich und stellt Angebote für Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen vor.